

Verhandlungsschrift

über die am **Montag, dem 6. Juli 2015**,
in der Welser Stadthalle stattgefundene

45. Sitzung des Gemeinderates

Beginn der Sitzung: 13.00 Uhr

Ende der Sitzung: 17.58 Uhr

Die Verhandlungsschrift der 44. Sitzung des Gemeinderates vom 01. Juni 2015 liegt zur Einsichtnahme auf.

A n w e s e n d e

Vorsitzender: Bürgermeister Dr. Peter Koits

SPÖ-Gemeinderatsfraktion

1. Vizebürgermeister Hermann Wimmer

Stadträtin (ohne Gemeinderatsmandat):
Silvia Huber

Gemeinderäte:

Mag. Sabine Brenner-Nerat

Stefan Ganzert

Ernst Kirchmayr

Johann Reindl-Schwaighofer, MBA

Raimund Buttinger

Klaus Hoflehner

Brigitte Lindlbauer

Karl Schönberger

Werner Forstinger

Mag. Bernhard Humer

Mag. Petra Lipp

Barbara Wildfellner

FPÖ-Gemeinderatsfraktion

2. Vizebürgermeister Dr. Andreas Rabl

Stadträte (ohne Gemeinderatsmandat):
Gerhard Kroiß

Gemeinderäte:

KommR. Willibald Baumgartner

Margarete Josseck-Herd

Mag. Georg Parzmayr

Heinrich Taitl

Dipl.-Ing. Gunter Haydinger

Mag. Günter Lehner

Egon Schatzmann

Manfred Wiesinger

Heribert Helm

Dietmar Marehard

ÖVP-Gemeinderatsfraktion

3. Vizebürgermeister Peter Lehner

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat):
Walter Zaunmüller

Gemeinderäte:

LAbg. Dr. Peter Csar

Herbert Pernkopf

Markus Wiesinger

Stefan Haböck

Brigitte Wartinger

Andreas Weidinger

GRÜNE-Gemeinderatsfraktion

Gemeinderäte:

Mag. Elke Mayerhofer

Prof. Mag. Walter Teubl

Vom Magistrat:

MD MMag. Dr. Renate Kamleithner
sowie leitende MitarbeiterInnen des Magistrates

Schritfführer:

W.OAR. Inge Maderthaler
Helga Rosenberger

Entschuldigt:

StR. Christa Raggl-Mühlberger
GR. Augustine Hacker
GR. DI. Renate Leitinger

Verlauf der Sitzung

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass

- a) die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde,
- b) die Verständigung gemäß der vorliegenden Einladung vom 26.06.2015 an alle Mitglieder des Gemeinderates schriftlich erfolgt ist und am gleichen Tage öffentlich an der Amtstafel kundgemacht wurde,
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Bgm. Dr. Koits: Wir haben heute eine durchaus ambitionierte Tagesordnung mit mehr als 50 Tagesordnungspunkten. Deshalb wurde mit den Fraktionsvorsitzenden folgende Vereinbarung getroffen. Ich bitte sie sich danach zu richten. Wir vereinbarten zu jedem Tagesordnungspunkt drei Wortmeldungen von jeder Fraktion. Die Redezeit darf drei Minuten nicht überschreiten. Der Berichterstatter hat natürlich eine längere Redezeit, wobei wir doch den Apell richten die Redezeit nicht über Gebühr zu überschreiten.

Zur Aktuellen Stunde darf ich vorschlagen das Thema der FPÖ-Fraktion als auch das Thema der GRÜNE-Fraktion zuzulassen, wobei die Redezeit für die einzelnen Fraktionsmitglieder ebenfalls auf drei Minuten beschränkt ist.

Mitteilungen des Bürgermeisters

Traunfest am 4.07.2015

Bgm. Dr. Koits: Vergangenes Wochenende fand das Traunfest statt. Alles in allem können wir sehr zufrieden sein. Aus der Bevölkerung erhielt ich sehr positive Rückmeldungen. Tagsüber war entsprechend des heißen Wetters der Besucherandrang nicht so groß – das war zu erwarten -, aber dennoch kamen laufend Besucher. Abends war der Besuch des Traunfestes jedoch sehr zufriedenstellend. An dieser Stelle meinen Dank an alle Personen, die mitwirkten und an die elf Gemeinden, die entsprechend kulturelle, künstlerische und sonstige Aktivitäten setzten.

WELIOS Betriebs-GmbH

Zum Thema WELIOS darf ich berichten, dass ich die Fraktionsvorsitzenden für kommenden Donnerstag, 08.30 Uhr, zu einem Gespräch eingeladen habe. Der Geschäftsführer wird anwesend sein und einen entsprechenden Vorschlag, Business-Plan und Finanzplan vorstellen. Auch die externen Berater werden dabei sein. Ich hoffe bei dieser Besprechung zu einem vernünftigen Ergebnis zu kommen.

Aktuelle Stunde

Die FPÖ-Gemeinderatsfraktion hat das Thema „Sprachdefizite an Schulen“ bekanntgegeben.

Vzbgm. Dr. Rabl: Die Aktuelle Stunde der Freiheitlichen Partei beschäftigt sich mit Sprachdefiziten von Volksschülern sowie von Kindergartenkindern. Wir erachten das als massives Problem, insbesondere wenn man sich die Entwicklung, die Tendenz anschaut. Wir wissen, mit Stichtag September 2014 haben wir in Wels in den Kindergärten 280 Kinder mit Sprachdefiziten. Dies setzt sich in den Schulen fort, 56 % der Schüler in den ersten Klassen sind außerordentliche Schüler, daher nicht in der Lage dem Unterricht aufgrund fehlender Deutschkenntnisse zu folgen. Darin sind auch die logopädischen Fälle enthalten, diese sind jedoch die absolute Minderheit.

Das bisherige Konzept der Bundesregierung - ein einjähriges Pflichtkindergartenjahr einzuführen, um dieses Sprachdefizit zu beheben - reichte nicht ausreichende Deutschkenntnisse zu vermitteln. Eine wesentliche Forderung, die wir daran knüpfen, wäre die Sprachstandsfeststellung – 30 Monate vor Schuleintritt im Rahmen des Mutter-Kind-Passes – durchzuführen und dann für jene Kinder, die nicht über ausreichende Deutschkenntnisse verfügen, ein zweites verpflichtendes Kindergartenjahr einzuführen.

Weiters wäre es zielführend eigene Sprachklassen, wie es diese in Wien und anderen Bundesländern bereits gibt, tatsächlich umzusetzen, weil die herrschende Theorie in der Vergangenheit – zuerst die eigene Muttersprache zu erlernen, um in der Folge darauf aufbauend Deutschkenntnisse zu erlangen – falsch ist. Dazu gibt es umfangreiche Studien. Allen voran vom Sprachwissenschaftler Esser, der ja auch in der Integrationsstudie der Stadt Wels erwähnt ist, in der ganz klar definiert wird, es gibt keine Ergebnisse dafür zuerst die Muttersprache zu erlernen und darauf aufbauend Deutsch. Man muss sofort die deutsche Sprache erlernen. Das wäre für uns ein Ziel. Hintergrund ist auch, dass, wenn man zuerst die Muttersprache erlernt, Sprachstrukturen angeblich blockiert werden. Als Stadt müssen wir daher dringend tätig werden, um das Problem zu erkennen und dagegen etwas zu unternehmen.

StR. Zaunmüller: Sprache ist meiner Meinung nach der Schlüssel zum Erfolg. Bei Kindern, Kleinkindern, könnte man sagen, Sprache ist auch der Schlüssel zum schulischen Erfolg. Selbstverständlich ist es notwendig möglichst früh mit der Sprachförderung bei Kindern, bei Kindergartenkindern zu beginnen.

An dieser Stelle möchte ich meinen besonderen Dank an die KindergartenpädagogInnen und –helferInnen richten, die mit großem Engagement den Herausforderungen des täglichen Lebens, besonders den Herausforderungen mit Kindern, die nicht Deutsch als Muttersprache haben, begegnen.

Ergänzen möchte ich Herrn Vzbgm. Dr. Rabl noch dahingehend, dass die Stadt Wels meiner Meinung nach ihrer Zeit - was die Sprachförderung betrifft - weit voraus ist und keinesfalls hinten nachhinkt. Wir werden dieses verpflichtende zusätzliche Kindergartenjahr als Stadt Wels sicherlich nicht alleine einführen und beschließen oder Bundesvorschriften beeinflussen können. Ab Herbst d.J. wird es eine neue § 15a-Vereinbarung mit dem Bund geben, in der neue Richtlinien erlassen werden. In der Praxis sieht dies so aus, dass die Stadt Wels bereits die Hausaufgaben erledigt hat. Es wird so sein, dass bereits Dreijährige, wenn sie in den Kindergarten eintreten, getestet werden und

damit der Sprachstand festgelegt wird. Aufgrund dieses Ergebnisses wird eine entsprechende individuelle Förderung der Kinder angeboten. Dafür wurde personell bereits vorgesorgt. Es sind insgesamt sechs Personaleinheiten eingeplant, davon drei PädagogInnen und drei HelferInnen.

Das Erlernen der Sprache, die Sprachförderung, kann nicht ausschließlich in der Verantwortung des Kindergartenerhalters, des Schulerhalters oder der Pädagogik liegen, sondern die Sprache zu erlernen in dessen Land ich lebe, ist selbstverständlich auch eine Aufgabe der Eltern bzw. der Erziehungsberechtigten. Hier sehe ich eine große Mitwirkungsverpflichtung der Eltern bzw. der Erziehungsberechtigten, dass die deutsche Sprache auch zu Hause gesprochen, gefördert und erlernt wird.

Kein großes Problem bei Kindern oder Kindergartenkindern sehe ich, die bereits ein Jahr oder länger in Wels leben und bereits ein Jahr die Kindergartenförderung konsumieren durften. Das eigentliche Problem sind die Kinder, die zu uns in den Kindergarten oder in die Schule kommen und über keine Grundkenntnisse verfügen. Dieses Problem wird es meiner Meinung nach in nächster Zeit noch öfter geben. Hier kommen natürlich diese Mechanismen nicht entsprechend zur Geltung.

Aber - ich bin davon überzeugt - wenn wir die Kinder ab dem dritten Lebensjahr im Kindergarten haben, dann sind sie Dank der Pädagogik und Dank dem Engagement unserer KindergartenpädagogInnen in der Lage die Sprache entsprechend zu lernen.

Vzbgm. Dr. Rabl: Sprachwissenschaftler Esser schreibt in der Integrationsstudie: „In einigen Studien wird darauf verwiesen, dass es für die Entwicklung der Zweisprachigkeit besser sei mit den Kindern in der Muttersprache zu sprechen. Andere wieder hingegen verweisen darauf, dass die Bedingungen für den zweiten Spracherwerb und jene für den Erhalt der Muttersprache oft gegenläufig sind. D.h. was für den Erhalt der Muttersprache dienlich ist, behindert den Erwerb der Zweitsprache und umgekehrt. Eine kompetente Qualität könnte sich nur in sehr spezifischen Fällen (Vorbildungsgrad der Familien und Eltern) entwickeln.“ Hier wird ganz klar dargestellt, dass es eher schädlich ist, wenn man zuerst seine Muttersprache erlernt und dann erst die deutsche Sprache. Das sei zur Aufklärung noch mitgegeben. Danke!

Bgm. Dr. Koits: Wir tun schon sehr viel. Wir wissen aber, dass noch immer mehr getan werden kann. Das geschieht ja auch in der Entwicklung.

Die GRÜNE-Gemeinderatsfraktion hat das Thema „BürgerInnen-Beteiligung“ bekanntgegeben.

GR. Mag. Mayerhofer: Wir wählten dieses Thema, weil wir es als wichtig erachten dieses breit zu diskutieren. Gerade als Stadt haben wir in Bezug auf BürgerInnen-Beteiligung eine große Chance die Menschen in ihrem tatsächlichen Lebensumfeld zu beteiligen. Bereits öfters wurden meinerseits die in der Stadt tätigen Bürgerinitiativen angesprochen. Genau dort zeigt sich, dass das Engagement oft sehr lang und zeitaufwendig ist – oft auch frustrierend. Frustrierend für die BürgerInnen aber auch für Beamte, wenn Lösungen erarbeitet werden, die sich weiterverzögern usw. Doch bringen die BürgerInnen mit ihrem Engagement etwas ein. Das sehen wir beim Thema Kultur. Wir setzen uns mit schutzwürdigen Gütern auseinander, welche erst seit der Initiative der BürgerInnen ein Thema in unserer Stadt sind.

Die in der Stadt bestehenden Bürgerinitiativen beschäftigen sich vor allem mit einem Thema, welches sie verbindet. Das ist das Thema Lärm verursacht vom zunehmenden Verkehr. Unser Vorschlag, wie man BürgerInnen besser und intensiver einbinden kann, ist das Modell des Bürgerrats. In diesem Zusammenhang ist unsere Forderung, die Stadt soll sich zu dieser Vorgangsweise bekennen, wo es darum geht BürgerInnen gleich zu Beginn eines Projektes abzuholen, einzubinden und so gemeinsam Lösungsvorschläge auszuarbeiten, um gemeinsam lebenswerte Zukunftsbilder für unsere Stadt zu entwickeln.

GR. LAbg. Dr. Csar: Politik muss gelingen. Politik gelingt dadurch, indem mit den Bürgern ehestens und unmittelbar Kontakt aufgenommen wird. Bürgernähe ist nicht nur ein Schlagwort sondern eine unbedingte Notwendigkeit. Wenn die Bürgerbeteiligung gesetzlich verankert ist, kann man diese auch leben.

Es gibt viele Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung. Auch der OÖ Landtag hat einige Möglichkeiten mit Auswirkungen auf die Statutarstädte beschlossen. Ich denke an die Volksabstimmung und an die Volksbefragung, zu denen nun der Zugang leichter möglich ist. Die betroffene Bevölkerung hat damit ein stärkeres Mitspracherecht. Ganz wichtig ist davon Gebrauch zu machen zu bestimmten Gesetzen eine Stellungnahme abzugeben. Es gibt ein Bürgerbegutachtungsverfahren. Dieses sollte noch viel mehr angewandt werden. Damit können die Bedürfnisse der Bevölkerung miteingebaut werden. In diesem Sinne stehen wir dem Ganzen sehr positiv gegenüber.

GR. Mag. Mayerhofer: Gerade bei den Bürgerräten geht es darum, die Menschen von Beginn an praktisch einzubinden. Der Verweis auf Volksabstimmungen zeigt nur die bisherige Vorgangsweise, wie die Präsentation von fertigen Lösungen. Anschließend kann über diese fertigen Lösungen abgestimmt werden im Sinne von „wollt ihr A oder wollt ihr B“.

Bgm. Dr. Koits: Vielen Dank. Darauf hinweisen möchte ich, dass sich mit dieser Thematik der Präsidial- und Integrationsausschuss schon beschäftigte. Vorarbeiten wurden gemacht. Der Präsidial- und Integrationsausschuss wird sich nach den Wahlen damit wieder zu beschäftigen haben.

Dringlichkeitsantrag der SPÖ-, FPÖ- und ÖVP- Gemeinderatsfraktion
betreffend Autobahnanschlussstelle A8 Wels-Wimpassing,
Erweiterung Finanzierungsbeschluss
DI-Verf-175-2015

Bgm. Dr. Koits verliest den Dringlichkeitsantrag (Anlage 1).

Dem Antrag wird die Dringlichkeit

einstimmig zuerkannt.

Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion
betreffend Erlassung einer Kinderspielplatzordnung
DI-Verf-178-2015

Bgm. Dr. Koits verliest den Dringlichkeitsantrag (Anlage 2).

Dem Antrag wird die Dringlichkeit

einstimmig zuerkannt.

Dringlichkeitsantrag der SPÖ-, FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion
betreffend Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend
Bebauungsplan Nr. 212/1.5 (Stadtteil Lichtenegg), BZ-BauR-5008-2014
DI-Verf-179-2015

Bgm. Dr. Koits verliest den Dringlichkeitsantrag (Anlage 3).

GR. Prof. Mag. Teubl: Hier liegt uns ein sehr interessanter Dringlichkeitsantrag vor. Genau dieses Thema war Beratungsgegenstand im letzten Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschusses. In diesem wurde fraktionsübergreifend darüber diskutiert. Das Ergebnis war die Nichtvorlage des Bebauungsplanes in dieser Form. D.h. es wurde daraufhin vom Vorsitzenden des Ausschusses dieser Punkt von der Tagesordnung mit der Bemerkung abgesetzt, es soll für die Überarbeitung des Planes Zeit eingeräumt werden.

Durch die Hintertür im Gemeinderat ohne Beratung im Ausschuss und ohne dass die Gemeinderatsmitglieder die entsprechenden Argumente des Ausschusses kennen, soll dieses Projekt nun durchgedrückt werden, interessanterweise in einem Antrag, der von drei Fraktionen unterzeichnet wurde. Das finde ich beschämend. Hier wird das Gremium des Gemeinderatsausschusses eigentlich konterkariert und nicht ernst genommen. Eine solche Vorgangsweise finde ich nicht in Ordnung, daher denke ich, dass eine Befassung im Sinne eines Dringlichkeitsantrages nicht notwendig ist. Ich ersuche sie dem Antrag die Dringlichkeit nicht zuzuerkennen.

GR. Schönberger: Dieser Antrag war in der Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss-Sitzung auf der Tagesordnung. Unter der Begründung, dass alle Ausschussmitglieder sich nicht für dieses Projekt aussprachen, wurde der Punkt von der Tagesordnung genommen.

Da dieses Bauvorhaben sehr innovativ ist, damit wir dieses nicht verhindern und negativ darüber abstimmen können, stimmten wir der Vorgangsweise zu. Nur, dass dieses Projekt jetzt über einen Dringlichkeitsantrag vom Referenten kommt, ist wirklich eine Schande. Wenn wir gewusst hätten, dass es wirklich so dringend ist, hätte er dieses durchbringen müssen. Das wäre die politische Verantwortung – nicht dieses „Arbeiten über die Hintertür“!

Vzbgm. Lehner: Natürlich stehe ich zu dieser gewählten Vorgangsweise. Das Projekt wurde über die Medien in einer Form präsentiert, die keine Zustimmung des Ausschusses fand. Nach unserer Ausschuss-Sitzung wurde ich darüber informiert, dass die

Wohnbauförderungsgelder bei einer Nichtinanspruchnahme in diesem Jahr gefährdet sind. Es ist doch sehr wichtig Wohnbauförderungsgelder für besondere Projekte in Anspruch zu nehmen. Dieses Projekt wurde mit dem Bundesdenkmalamt abgesprochen. Ich sprach mit allen Fraktionsvorsitzenden des Stadtsenates darüber, wir sprachen mit dem Projektanten, der uns die Pläne nochmals detailliert erklärte und der Welser Politik Zugeständnisse machte – es wird im Bereich der Begründung noch einiges verändert. Alle drei Fraktionen, nicht nur der Ausschuss-Vorsitzende, waren der Meinung, dass es besser ist bevor Wohnbaugelder liegen gelassen werden, bevor wichtige Projekte für die Bauwirtschaft nicht realisiert werden können, die für die Wohnsituation wichtig sind, gemeinsam einen Dringlichkeitsantrag einzubringen. Das wurde nun gemacht.

GR. Markus Wiesinger: Kollege Schönberger – ich darf dir kurz zum Thema Dringlichkeit die Geschäftsordnung des Gemeinderates vorlesen. Diese müsstest du eigentlich kennen – scheinbar ist das nicht der Fall. Eine Dringlichkeit ist gegeben, wenn eine spätere Befassung des Gemeinderates ohne Nachteil für die Sache nicht abgewartet werden kann. Vzbm. Lehner legte nun ausdrücklich dar, wenn wir diesen Dringlichkeitsantrag nicht eingebracht hätten, würde das Projekt mindestens ein halbes Jahr, wenn nicht länger liegen bleiben und die Wohnbauförderungen wären vielleicht nicht mehr abrufbar.

Ich glaube, du solltest dich bei deinem Fraktionsobmann bedanken, wenn du keine Informationen erhältst. Den Antrag hat Kollege Reindl-Schwaighofer ebenfalls unterschrieben. Bitte informiere dich darüber bei deinem Kollegen.

Dem Antrag wird die Dringlichkeit mit

30 Ja-Stimmen (SPÖ-Fraktion – ohne GR.
Schönberger, FPÖ- + ÖVP-
Fraktion)
gegen 3 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion +
GR. Schönberger)

zuerkannt.

GR. Mag. Lehner war bei der Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion
betreffend Errichtung eines Generationenparks beim Quartier
Noitzmühle mit der Gemeinnützigen Welser Heimstättengenossenschaft mbH
DI-Verf-180-2015

Bgm. Dr. Koits verliest den Dringlichkeitsantrag (Anlage 4).

Dem Antrag wird die Dringlichkeit

einstimmig zuerkannt.

Dringlichkeitsantrag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion
betreffend Monatskarten im Welldorado
DI-Verf-181-2015

Bgm. Dr. Koits verliest den Dringlichkeitsantrag (Anlage 5).

GR. Mag. Mayerhofer: Was ist an diesem Antrag dringlich? Wo entsteht kein Nachteil für die Sache selbst, wenn die Dringlichkeit nicht zuerkannt wird? Die ÖVP-Fraktion hat in diesem Fall einfach nur die zweiwöchige Frist versäumt. Deswegen ersieht sie daraus die Dringlichkeit.

GR. Markus Wiesinger: Die Sache ist deshalb dringlich, weil - wie du weißt - die Angebung des neuen Gemeinderates erst im November d.J. sein wird. In unserem Antrag ist eine Frist enthalten. Wir wollen eine Umsetzung des Antrages. Wenn wir das jetzt tun, können wir vielleicht noch daran arbeiten. Wenn eine Beschlussfassung erst im November erfolgt, wird die Ausarbeitung bis 1.1.2016 bereits etwas knapp werden.

Dem Antrag wird die Dringlichkeit

einstimmig zuerkannt.

Dringlichkeitsantrag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion
betreffend Standorte der Postkästen; Resolution an die Post AG
DI-Verf-182-2015

Bgm. Dr. Koits verliest den Dringlichkeitsantrag (Anlage 6).

Dem Antrag wird die Dringlichkeit

einstimmig zuerkannt.

Dringlichkeitsantrag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion
betreffend Anschaffung eines neuen Bücherbusses
DI-Verf-183-2015

Bgm. Dr. Koits verliest den Dringlichkeitsantrag (Anlage 7).

Dem Antrag wird die Dringlichkeit

einstimmig zuerkannt.

Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion
betreffend Spielstätte für die Kleine Welser Bühne
DI-Verf-184-2015

Bgm. Dr. Koits verliest den Dringlichkeitsantrag (Anlage 8).

Dem Antrag wird die Dringlichkeit

einstimmig zuerkannt.

Dringlichkeitsantrag der SPÖ-, FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion betreffend Errichtung eines Kindergartens/Krabbelstube Mohnstraße durch den Verein Abenteuer Familie und Erneuerung bzw. Sanierung des Kindergartens Noitzmühle durch die Kinderfreunde Region Wels-Hausruck
DI-Verf-187-2015

Bgm. Dr. Koits verliest den Dringlichkeitsantrag (Anlage 9).

Dem Antrag wird die Dringlichkeit

einstimmig zuerkannt.

Bgm. Dr. Koits: Ich darf darauf hinweisen, dass folgende Angelegenheiten der Tagesordnung einer Anwesenheit von wenigstens zwei Dritteln und der Zustimmung von zwei Dritteln der Anwesenden bedürfen:

TOP 7. GR-Kreditoperationen gemäß § 54 der Stadt Wels
FD-Buch-14-2015

TOP 10. ASFINAG Autobahn und Schnellstraßen Finanzierungs AG,
1101 Wien, Rotenturmstraße 5-9; Gerlinde Eichmeir, Wels,
Lichteneggerstraße 135;
Erwerb von Grundstücken für den Schulstandort Noitzmühle
Grundsatzbeschluss – Finanzierung
FD-Fin-910-2015

TOP 11. ASFINAG Autobahn und Schnellstraßen Finanzierungs AG,
1101 Wien, Rotenturmstraße 5-9; Franz Lindinger, Wels,
Lichteneggerstraße 114;
Grundsatzbeschluss – Finanzierung
FD-Fin-911-2015

TOP 12. VS 2 und NMS 1 Wels-Stadtmitte; Zubauten, Umbauten im
Bestand und Neubau einer Doppelturnhalle;
Grundsatzbeschluss – Finanzierung – Erweiterung
FD-Fin-90-2015

Dringlichkeitsantrag betreffend Autobahnanschluss A 8
Wels-Wimpassing, Erweiterung Finanzierungsbeschluss
DI-Verf-175-2015

Berichterstatterin GR. Mag. Elke Mayerhofer

1.)

vordringlicher Initiativantrag aller Gemeinderatsfraktionen betreffend
Durchführung von Jugendräten als Form der Jugendbeteiligung
DI-Verf-172-2015

GR. Mag. Mayerhofer: Vor einem Jahr stellten die GRÜNEN den Antrag, die Stadt Wels möge die Einrichtung eines Jugendrates anstreben. Heute möchte ich, dass der Gemeinderat dazu ein Grundbekenntnis verabschiedet. Im vergangenen Jahr führten wir sehr viele Gespräche wie sich ein Jugendrat für die Stadt realisieren lässt. Besonders freut mich, dass wir es schafften fraktionsübergreifend zu einem Konsens zu kommen. Wir wollen den Jugendlichen in unserer Stadt Wels nicht nur eine Stimme geben, sondern wir wollen sie selbst sprechen lassen. Jugendliche sollen in der Stadt Wels mitreden können, egal ob sie politischen Vereinen oder Organisationen angehören. Jeder in Wels wohnende Jugendliche sollte grundsätzlich die Möglichkeit haben an diesem Jugendrat teilnehmen zu können und in diesem Jugendrat seine Interessen und seine Wünsche darlegen können. In diesem Prozess sollen konkrete Handlungsschritte gesetzt werden können, auch mit dem Hintergedanken, wie kann das, was vorgeschlagen wird, auch tatsächlich realisiert werden. Wichtig war uns ein zeitlich klar definierter Rahmen und wie diese Beteiligung abläuft. Bitte um Diskussion und Zustimmung zu unserem Antrag.

GR. Ganzert: Wichtig war die Partizipation und die Beteiligungsmöglichkeiten. Wie wichtig die Sache ist, zeigt dieser von allen vier Parteien gestellte Antrag. Vielen Dank an meine KollegInnen im Gemeinderat, die an dieser Sache arbeiteten. Wir haben in diesem Jahr sehr konkrete Vorschläge engagiert ausgearbeitet. Erwähnen möchte ich ebenfalls das große Engagement der Dst. Jugend, besonders von Herrn Karl Mittermaier.

Heute geht es um das Grundbekenntnis des Gemeinderates in dieser Sache; in der Ausschussarbeit sind wir viel weiter. Bereits in der letzten Sitzung des Sozial-, Jugend- und Gesundheitsausschusses beschlossen wir dieses Projekt. Es ist ein erster Schritt. Für mich ist Jugendbeteiligung sicherlich noch mehr, als nur die Einrichtung eines Jugendrates. Es ist jedoch der Schritt in die richtige Richtung und ich freue mich auf die Zusammenarbeit, wenn es um die Jugend in der Stadt Wels geht.

GR. Haböck: Die letzte Sitzung des Gemeinderates möchte ich nutzen um Danke zu sagen und dieses Thema als positives Beispiel hervorzuheben. Die Idee des Jugendrates kam von Kollegin Mag. Mayerhofer. Anfangs war ich demgegenüber etwas skeptisch, nicht wegen der Idee an sich, sondern weil ich kein Freund von diesen künstlich geschaffenen Beiräten und Gremien bin. Außerdem sind diese Dinge immer eine Kostenfrage.

In vielen Gesprächen mit Kollegin Mag. Elke Mayerhofer, mit Kollegen Stefan Ganzert und Markus Paulusberger wurde inhaltlich eine gute Basis gefunden. Wir Jugendvertreter haben ohne parteipolitischem Hick-Hack und ohne dass wir aus den Medien von einer Partei etwas anderes erfahren mussten als vorher ausgemacht war, eine gemein-

same Basis relativ rasch, gut koordiniert seitens der Dienststelle, gefunden und kostengünstig bzw. effizient umgesetzt. Dafür möchte ich mich bei meinen KollegInnen und Jugendvertreter in den Fraktionen bedanken. Ich wünsche allen JugendvertreterInnen, dass sie sich diese konstruktive Zusammenarbeit bei Sachthemen zum Beispiel nehmen. Die ÖVP-Fraktion wird diesem Antrag natürlich zustimmen, denn der Jugendrat ist eine sehr gute Idee.

GR. Mag. Parzmayr: Es ist leider heute in der Bevölkerung eine gewisse Politikverdrossenheit spürbar. Ausfluss dieser Verdrossenheit ist die sehr geringe Wahlbeteiligung. Daher ist es ganz wichtig, die Bevölkerung bereits im Jugendalter zu motivieren und ihr die Möglichkeit zu geben in dieser Form am politischen Leben teilzuhaben. Damit wird ein gewisses Demokratieverständnis in die Köpfe der Bevölkerung gebracht. Es gibt ein altes Sprichwort: „Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmer mehr.“ Somit ist die Einrichtung eines Jugendrates eine sehr gute Idee und wird von uns natürlich unterstützt.

GR. Mag. Mayerhofer: Danke für die positiven Wortmeldungen. Dank an Stefan Haböck für das Beispiel der guten Zusammenarbeit aller Fraktionen. Ich hoffe, diese geht im Herbst dann auch so weiter.

Der Initiativantrag aller Gemeinderatsfraktionen (Anlage 10) wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Wimmer.

Berichterstatter Bürgermeister Dr. Peter Koits

2.)

Videoüberwachung in Wels durch die Landespolizeidirektion OÖ.
DI-Präs-2036-2015

Der Antrag (Anlage 11) lautet nach Vorberatung im Präsidial- und Integrationsausschuss am 25.06.2015:

1. Der Gemeinderat nimmt die im Amtsbericht beschriebene Vorgehensweise betreffend Kauf, Installation, Betrieb und Übertragung der Videoüberwachungsanlagen in der Stadt Wels an den drei angeführten Standorten samt Kostenaufstellung und Finanzierung zur Kenntnis.
2. Der Gemeinderat stimmt zu, dass der Auftrag zur Errichtung der Videoüberwachungsanlagen in der Stadt Wels an die Firma Siemens AG Österreich gemäß Angebot Nr. 183810-2033 vom 9.6.2015 um den Betrag von 75.837,96 Euro Brutto vergeben wird.

3. Der Gemeinderat stimmt zu, dass die laufenden Stromkosten durch die Stadt Wels im Rahmen der öffentlichen Beleuchtung bzw. der Verkehrslichtsignalanlagen getragen werden.

GR. Mag. Mayerhofer: Im Gemeinderat wurde bereits sehr oft über das Thema Videoüberwachung gesprochen. Wir hatten durchaus positive Ansätze zu verzeichnen, wie die Initiative von Kollegen Weidinger als es darum ging den DESSI-Prozess zu starten, um diesen Diskurs über die Videoüberwachung auf eine wissenschaftliche und sachliche Ebene zu bringen. Das einzige Problem ist, dass die Ergebnisse dieses Prozesses nicht zur Kenntnis genommen wurden. Man meinte, man sei klüger und in persönlichen Gesprächen erfährt man von Seiten der Polizei, diesem Begehren der Stadt Wels auf Videoüberwachung nachgegeben zu haben, damit man so quasi „endlich seine Ruhe hat“. Im Endeffekt sagt die Polizei es gibt keinen Bedarf an einer Videoüberwachung, weil kein Kriminalitäts-Hot-Spot in Wels vorhanden ist.

Um das Ergebnis des DESSI-Prozesses zum wiederholten Male zu zitieren: Wels hat ein Verunsicherungsproblem. Daran werden die Videokameras auch nichts ändern.

StR. Kroiß: Wir Freiheitlichen werden diesem Tagesordnungspunkt natürlich zustimmen. Damit wird eine langjährige Forderung der Welser Freiheitlichen umgesetzt. Wir sind davon überzeugt, dass damit ein weiterer Mosaikstein für mehr Sicherheit in Wels gesetzt wird. Wir sind seit vielen Jahren davon überzeugt, dass die Videoüberwachung für die Stadt Wels absolut Sinn macht. Dazu brachten wir viele Anträge ein. Nur leider waren von Beginn an alle Fraktionen gegen eine Videoüberwachung. Es wurde mit vielen Gründen dagegen argumentiert, beispielsweise wir wollen keinen Überwachungsstaat, keinen Polizeistaat, es gibt keinen Hot-Spot oder es fehlen die rechtlichen Rahmenbedingungen.

Wir ließen uns jedoch nicht beirren und hielten dieses Thema weiterhin im Auge. In anderen Städten wurden unsererseits Videoüberwachungsanlagen angesehen. Ried im Innkreis war für uns immer ein sehr positives Beispiel. In dieser Stadt gibt es bereits sehr lange eine Videoüberwachung. Wir sprachen mit der Bevölkerung, mit den Polizisten. Diese sind sehr froh über diese Videoüberwachung. Bei polizeilichen Ermittlungseinsätzen wird immer wieder geschaut, wo eine Videoüberwachung installiert wurde, wen man erkennen kann. Kollege Weidinger erklärte gegenüber der Presse, dass der schreckliche Mord nicht so schnell aufgeklärt hätte werden können, wenn es nicht eine Videoüberwachung an verschiedenen Orten gegeben hätte.

Warum die Polizei zu Beginn der Debatte über Videoüberwachung so skeptisch war, habe ich nie verstanden. Auch bei den anderen Fraktionen dauerte das Umdenken sehr lange. Wir wollen heute darüber keinen Vaterschaftsstreit führen. Tatsache ist, dass mit Ausnahme der GRÜNEN alle Fraktionen von dieser Maßnahme überzeugt sind. Es ist eine sehr gute Lösung diese Anlage über die Landespolizeidirektion Oberösterreich zu betreiben, damit im Bedarfsfall rasch Maßnahmen gesetzt werden.

Die Videoüberwachung alleine ist zu wenig. D.h. unsere Forderung nach mehr Polizei in unserer Stadt bleibt natürlich aufrecht. Auch der Wunsch der Bevölkerung nach mehr Fußstreifen.

GR. Weidinger: Wir werden diesem Antrag ebenfalls zustimmen. In dieses Thema kam erst richtig Bewegung als die ÖVP das Zeichen der Zeit erkannte und auch bei uns ein gewisses Umdenken stattfand. Die FPÖ hatte ganz klar dazu die Idee, das ist unumstritten. Die ÖVP jedoch hatte niemals dazu eine ablehnende Haltung sondern eine zögerliche, zurückhaltende Einstellung zur Videoüberwachung. Deswegen wollten wir mit dem DESSI-Prozess ein bisschen Bewegung in die Sache bringen. Unserer Meinung nach ist der DESSI-Prozess kläglich gescheitert, denn von einer Bürgerbeteiligung war in diesem keine Rede mehr. Es wurden nur politische Vertreter in diesen Prozess entsandt. Von vorne herein war klar, wie dieser Prozess ausgeht. Es gab das Lager der eher ablehnenden SPÖ, es gab das Lager der befürwortenden FPÖ, weshalb keine ordentliche Diskussion möglich war.

Die ÖVP wollte in dieses Thema Bewegung bringen und machte sich die Mühe mit der Bevölkerung und mit der Polizei Kontakt aufzunehmen. Wir entschlossen uns für eine Videoüberwachung. Es ist kein Fehler – man darf ja auch einmal seine Meinung ändern. Somit kam die FPÖ mit diesem Antrag durch. Ohne Zustimmung der Landespolizeidirektion würde die Videoüberwachung nicht eingeführt. Dafür möchte ich mich bei der Landespolizeidirektion offiziell bedanken, die sagte: „Es gibt zwar keinen Hot-Spot, aber es gibt eine ganz große Verunsicherung in der Bevölkerung. Der Landespolizeidirektion ist es wichtig, dieser Verunsicherung entgegenzutreten und endlich die Videoüberwachung voranzutreiben.“

Bedanken möchte ich mich bei der SPÖ-Fraktion, weil es für diese schwierig war der Videoüberwachung zuzustimmen. Von den GRÜNEN bin ich nicht enttäuscht – es ist ja usus, dass diese gegen die Sicherheit sind.

Bgm. Dr. Koits: Es hätten uns alle Anträge in diesem Gremium nichts genützt, wenn nicht die Landespolizeidirektion ihre ursprüngliche Einstellung aufgegeben hätte und nun eindeutig die Errichtung einer Videoanlage in diesem geplanten Ausmaß befürwortet.

Wir betonten immer, wenn entsprechende Anträge oder Befürwortungen der Landespolizeidirektion vorliegen, wird sich auch die SPÖ-Fraktion einer Diskussion bzw. Zustimmung nicht entziehen. Bitte um Beschlussfassung.

Der Antrag (Anlage 11) zu Tagesordnungspunkt 2. wird mit

30 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- + ÖVP-Fraktion)
gegen 2 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

GR. Reindl-Schwaighofer und GR. Mag. Lehner sind bei der Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

3.)

Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels, mit dem die Richtlinien für die Honorare für Totenbeschauen festgelegt werden
DI-PersR-5047-2014

Der Antrag (Anlage 12) lautet nach Vorberatung im Personalbeirat am 01.06.2015:

Der Gemeinderat möge beiliegende Richtlinien für die Honorare für Totenbeschauen beschließen.

Einstimmig angenommen.

4.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels, mit der die Verordnung des Gemeinderates vom 28.02.1983 in der Fassung der Verordnung des Gemeinderates vom 27.10.1992, über die Durchführung von Bürgerinitiativen aufgehoben wird
BZ-Melde-001-2014

Der Antrag (Anlage 13) lautet nach Vorberatung im Präsidial- und Integrationsausschuss am 25.06.2015:

Der Gemeinderat möge die beiliegende Verordnung, mit der die Verordnung über die Durchführung von Bürgerinitiativen aufgehoben wird, beschließen.

GR. Mag. Parzmayr: Wir beschäftigten uns heute bereits in der Aktuellen Stunde mit der Bürgerbeteiligung. Erlauben sie mir jedoch einige Worte anzumerken:

Bisher war dieses Instrument der Bürgerinitiative nach dem Stadtstatut offenbar nicht sehr beliebt. Seit der Einführung gab es nur zwei derartige Initiativen. Eine beschäftigte uns indirekt im vergangenen Jahr. Es ging dabei um die Vereinslokale in der Albert-Schweitzer-Straße. Woran mag das liegen, dass dieses Instrument der Bürgerbeteiligung nicht attraktiv ist? Ich glaube es könnte an dieser, heute aufzuhebenden Verfahrensanordnung liegen.

Ein Beispiel dazu: Ein Antrag auf Einleitung einer derartigen Bürgerinitiative muss von 200 Bürgern unterschrieben sein. Weiters angeschlossen muss eine Bestätigung aus der Wählerevidenz, dass es sich um Welser Bürger handelt, sein. Wie kommt man dazu? Lt. korrekter Auskunft der Dst. Meldeservice kann eine solche Bestätigung nur nach Anweisung über den Dienstweg ausgestellt werden. Langt nun diese Bürgerinitiative ohne Meldebestätigungen ein, wird diese aufgrund eines Verfahrensmangels zurückgewiesen. „Die Katze beißt sich also in den Schwanz!“ Es ist de facto eigentlich gar nicht möglich eine derartige Initiative einzubringen.

Nunmehr wird alles anders und leichter. Es gibt eine Änderung des Statuts. In dieser ist nun auch das Verfahren geregelt. Eine separate Durchführungsverordnung ist nicht mehr vorgesehen und nötig. Die Verordnung war daher aufzuheben.

Bgm. Dr. Koits: Man wird sehen, wie die neuen gesetzlichen Bestimmungen umgesetzt werden. Es liegt einerseits an der Bevölkerung, andererseits an den handelnden Organen. Bitte um Beschlussfassung.

Der Antrag (Anlage 13) zu Tagesordnungspunkt 4. wird

einstimmig angenommen.

5.)

Wels Betriebsansiedelungs-GmbH (WBA); Gewährung von Subventionen an die WBA für den Abschluss eines Baurechtsvertrages mit dem Verein zur Förderung von Arbeit und Beschäftigung (FAB) zur Errichtung einer Produktionsschule und für den Abschluss eines Baurechtsvertrages mit der TEAMwork Holz- und Kunststoffverarbeitung GmbH zur Errichtung einer Produktions- und Lagerhalle
FD-BetM-8-2015

Der Antrag (Anlage 14) lautet nach Vorberatung im Präsidial- und Integrationsausschuss am 25.06.2015:

1. Die Stadt Wels gewährt der Welser Betriebsansiedelungs-GmbH (WBA) für den Abschluss eines Baurechtsvertrages über 50 Jahre mit dem Verein zur Förderung von Arbeit und Beschäftigung (FAB), 4020 Linz, Muldenstraße 5, zur Errichtung einer Produktionsschule auf dem gemäß Teilungsplan neu geschaffenen Grundstück Nr. 249, EZ 301, Grundbuch 51215 Lichtenegg, mit einer Gesamtfläche von 6.315 m², eine einmalige Subvention in Höhe von 240.000 Euro, zahlbar in drei gleich großen jährlichen Teilen zu je 80.000 Euro, beginnend ein Jahr nach Inkrafttreten des Baurechtsvertrages.
2. Der Gesellschaftervertreter der Stadt Wels wird beauftragt und ermächtigt, dem Abschluss des Baurechtsvertrages zwischen dem Verein zur Förderung von Arbeit und Beschäftigung (FAB), 4020 Linz, Muldenstraße 5, und der Wels Betriebsansiedelungs-GmbH zuzustimmen.
3. Die Stadt Wels gewährt der Welser Betriebsansiedelungs-GmbH (WBA) für den Abschluss eines Baurechtsvertrages über 50 Jahre mit dem TEAMwork Holz- und Kunststoffverarbeitung GmbH, 4020 Linz, Jaxstraße 10-12, zur Errichtung einer Produktions- und Lagerhalle auf dem gemäß Teilungsplan neu geschaffenen Grundstück Nr. 243/7, EZ 301, Grundbuch 51215 Lichtenegg, mit einer Gesamtfläche von 3.915 m², eine einmalige Subvention in Höhe von 186.000 Euro, zahlbar in drei gleich großen jährlichen Teilen zu je 62.000 Euro, beginnend ein Jahr nach Inkrafttreten des Baurechtsvertrages.

4. Der Gesellschaftervertreter der Stadt Wels wird beauftragt und ermächtigt, dem Abschluss des Baurechtsvertrages zwischen TEAMwork Holz- und Kunststoffverarbeitung GmbH, 4020 Linz, Jaxstraße 10-12, und der Wels Betriebsansiedelungs-GmbH zuzustimmen.

Vzbgm. Lehner: Es ist wichtig nicht den Eindruck zu erhalten, dass die WBA einen Zuschuss erhält. Vielmehr geht es darum ein Baurecht abzuschließen und die WBA dieses Baurecht nicht günstiger als der Markt es zulässt an diese Baurechtswerber abgibt. Daher die Differenz, es wäre sonst eine verdeckte Gewinnentnahme durch die Stadt Wels. Um das rechnerisch und steuerlich korrekt durchführen zu können, wurde diese Vorgangsweise gewählt.

Beim Grundstück der TEAMwork werden zukünftig auch Kommunalsteuereinnahmen der Stadt Wels zugeführt werden. Es ist wichtig entsprechende Einnahmen aus der Verwertung von Grundstücken zu erzielen. Abgesehen davon ist es ein wichtiges soziales Projekt.

Im Wege der Genehmigung ist insbesondere auf die Anrainer Rücksicht zu nehmen. Wir haben hier sensible Themen einerseits bei der FAB was das Thema Verlängerung des Lärmschutzwalls betrifft. Es wurde zugesichert, dass durch die Bebauung der Schallschutz verlängert wird und andererseits beim TEAMwork insbesondere darauf geachtet wird, dass keine Durchfahrt über dieses Grundstück ermöglicht wird. Auf diese Umstände bitte ich im folgenden Bauverfahren und in der gewerberechtlichen Beurteilung Rücksicht zu nehmen.

StR. Huber: Als Sozialreferentin bin ich über diese beiden Projekte sehr erfreut. Es handelt sich um Arbeitsplätze für Menschen mit Beeinträchtigung. PROBA ist als geschützte Werkstätte bekannt. Jeder kennt den Polsenzhof in St. Marienkirchen. Es wird so eine geschützte Werkstätte in Wimpassing entstehen.

Bei den Mitarbeitern von TEAMwork handelt es sich ebenfalls um Menschen mit Beeinträchtigung (mindestens 30 % Beeinträchtigung). Das sind Menschen, die vielleicht einmal einen Unfall hatten oder ähnliches. Für die soziale Stadt Wels ist es wichtig in diesem Bereich Akzente zu setzen. Wir alle wissen, dass Menschen mit Beeinträchtigung noch mehr von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Daher ist dieser Beschluss wichtig und gut.

Bgm. Dr. Koits: Danke für die positiven Wortmeldungen. Dieser Beschluss entspricht unserem Gemeinderatsantrag zum Thema Arbeitslosigkeit. Bitte um Beschlussfassung.

Der Antrag (Anlage 14) zu Tagesordnungspunkt 5. wird

einstimmig angenommen.

Vzbgm. Wimmer übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Koits.

Berichterstatter Vizebürgermeister Hermann Wimmer

6.)

StS-Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels
FD-Buch-14-2015

Der Antrag (Anlage 15) lautet nach Vorberatung im Finanzausschuss vom 23.06.2015 und im Stadtsenat vom 09.06.2015:

Die in der Anlage 16 dargestellten Kreditüberschreitungen werden zur Kenntnis genommen.

Einstimmig angenommen.

7.)

GR-Kreditoperationen gemäß § 54 Statut der Stadt Wels
FD-Buch-14-2015

Der Antrag (Anlage 17) lautet nach Vorberatung im Finanzausschuss vom 23.06.2015:

Die beantragten Kreditübertragungen (Anlagen 18 und 19) und Kreditüberschreitungen (Anlagen 20 und 21) werden genehmigt.

Der Antrag zu Tagesordnungspunkt 7. wird mit

30 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- und ÖVP-Fraktion)
gegen 2 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

GR. Buttinger und GR. Mag. Lehner sind bei der Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

8.)

ASFINAG Autobahn und Schnellstraßen Finanzierungs AG,
1011 Wien, Rotenturmstraße 5-9; Gerlinde Eichmeir, Wels,
Lichtenegger Straße 135; Erwerb von Grundstücken für
den Schulstandort Noitzmühle
DI-LV-65-2014
DI-LV-10-2015

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Finanzausschuss am 23.06.2015:

Von der ASFINAG Autobahn und Schnellstraßen Finanzierungs AG, 1011 Wien, Rotenturmstraße 5-9, sowie von Frau Gerlinde Eichmeir, Wels, Lichtenegger Straße 135, werden die für die Errichtung des Schulstandortes benötigten Grundflächen wie folgt erworben:

Grundstücke ASFINAG:Grst.Nr. 1112, 1113/1, 1114/2, 1149	Kaufpreis € 657.000,00
Grundstück Eichmeir: Grst.Nr. 1131 (Tfl)	Kaufpreis € 116.880,00
zzgl. Nebenkosten	ca. € 30.000,00

Die mit der Errichtung und grundbücherlichen Durchführung des Kaufvertrages verbundenen Kosten, Gebühren und Abgaben aller Art, ausgenommen eine zur allfällig zur Vorschreibung gelangende Immobilienertragssteuer, gehen zu Lasten der Stadt Wels.

Der Magistrat der Stadt Wels wird beauftragt die entsprechenden Kaufverträge abzuschließen.

Vzbgm. Dr. Rabl: Die Freiheitliche Fraktion ist prinzipiell für einen Grundankauf, weil wir der Meinung sind, dass Liegenschaftsreserven, auch wenn sie von einer Kommune angeschafft werden, etwas Sinnvolles sind, gerade wenn ein zukunftsträchtiges Gebiet entwickelt werden soll und die Errichtung einer Volksschule und andere Einrichtungen in diesem Gebiet erforderlich sind.

Wir sind jedoch skeptisch was die Errichtung eines Jugendheimes betrifft. Das kommunizierten wir mehrfach, weshalb mit dieser Beschlussfassung nicht automatisch verbunden ist, dass dort tatsächlich auch ein Jugendheim errichtet wird. Das sollte vorher ganz genau überlegt werden. Das wird natürlich noch eingehend zu prüfen sein, weshalb wir sagen, Grundankauf ja – jedoch wollen wir uns alle Möglichkeiten offen lassen - aber keine Präklusion auf ein Jugendheim. Das wollen wir hiermit klarstellen.

StR. Huber: Natürlich ist mit diesem Grundankauf noch nicht die Errichtung eines Jugendzentrums verbunden, dazu braucht es wieder einen eigenen Grundsatzbeschluss. Als Jugendreferentin hoffe ich schon sehr, dass in diesem Bereich endlich kein Jugendheim sondern ein Jugendzentrum mit entsprechenden Freizeitmöglichkeiten geschaffen werden kann. Gerade in der Noitzmühle gibt es schon lange keinen Jugendtreff mehr, der so dringend benötigt wird. Stadtteilbezogene Jugendarbeit macht auf alle Fälle immer Sinn. Daher freut mich der Ankauf der Liegenschaft ganz besonders.

Einen Grundsatzbeschluss bereitete ich schon vor einigen Jahren vor; aber Faktum war, ohne Liegenschaft können wir leider kein Jugendzentrum bauen – das war der Grund. Sie wissen, wir hatten bereits ein Grundstück in Aussicht, jedoch wurde daraus nichts. Nachdem wir nun dieses Grundstück ankaufen, hoffe ich schon auf eine Nutzung in Richtung Jugendzentrum. Wir sagen immer die Kinder, die Jugend sind unsere Zukunft, dann müssen wir auch dafür etwas tun.

GR. Reindl-Schwaighofer: Das Jugendzentrum wurde bereits von Stadträtin Huber angesprochen. Für die sozialdemokratische Fraktion ist es wichtig nach Fassung des Beschlusses für den Grundankauf auch ein Jugendzentrum in der Noitzmühle zu errichten. Seit Jahren ist ein solches in diesem Stadtteil überfällig. Diese Debatte verdeutlicht, wer die „Bremser“ sind. Die Jugend in der Noitzmühle hat es sich verdient, dort, wo es not-

wendig ist Jugendarbeit zu machen, diese auch umzusetzen. Ich zitiere aus dem Bereich der Kinderbetreuung: „Kindergeschrei ist ein Hall aus der Zukunft“. Bei der Jugend sehe ich dies genauso. Auf bereits vorhanden gewesenen Projekte möchte ich hinweisen, die durch unterschiedliche Aspekte bzw. Diskussionen verhindert wurden.

Wir sollten uns gemeinsam zur Welser Jugendarbeit bekennen und die Jugendarbeit in der Noitzmühle wieder frisch und munter angehen.

Vzbgm. Lehner: Ich werde das Zitat richtig stellen: LR. Hiesl sagte: „Kinderlärm ist Zukunftsmusik“. Damit hat er vollkommen Recht.

Die Suche nach geeigneten Grundstücken für die Jugend ist ein schwieriges Thema. Auch das Thema neuer Schulstandort im Westen von Wels wurde lange Zeit diskutiert. Mit dieser Lösung, unabhängig von einer möglichst raschen Realisierung, bin ich davon überzeugt sehr gute Standorte gefunden zu haben. Insbesondere darf ich die hervorragende Zusammenarbeit mit der Baudirektion und die fast immer ausgezeichnete Zusammenarbeit mit der Liegenschaftsverwaltung, mit dem Liegenschaftsreferenten erwähnen. Es wurde ein ausgezeichnete Standort gefunden. Für die Jugend und Zukunftsfreundlichkeit in unserer Stadt setzen wir damit einen wichtigen Schritt.

Vzbgm. Dr. Rabl: Die Position der FPÖ möchte ich nochmals verdeutlichen, weil Kollege Reindl-Schwaighofer dies absichtlich wieder falsch interpretierte. Offensichtlich ist er nicht in der Lage zuzuhören und das Gehörte wiederzugeben. Das letzte Jugendzentrum in der Noitzmühle musste ja nicht umsonst geschlossen werden. Es gab Drogenprobleme und Ähnliches, die nicht mehr einzudämmen waren.

Wenn jetzt gesagt wird, wir sind die großen Bremser, so möchte ich festhalten, dass es bisher noch keinen einzigen Antrag gab in der Noitzmühle ein neues Jugendzentrum tatsächlich zu errichten, weil es dafür noch keine Liegenschaft gab. Uns jetzt in diesem Zusammenhang als „bremsend“ zu bezeichnen, halte ich für sehr vermessen und entspricht einer möglichen Hetze und Polemik, die die SPÖ gegenüber der FPÖ immer wiederkehrend loslässt. Wir sind das schon gewöhnt, deshalb können wir an solche Dinge sehr emotionslos herangehen. Johnny, verzeih´ mir das, es ist kein Problem, du kannst ruhig so weiter machen, es macht uns nichts aus. Wir bekennen uns trotzdem zur Welser Jugend, egal was du in diesem Zusammenhang sagst.

Vzbgm. Wimmer: Im Sinne der Wortmeldung von Kollegen Haböck wollte ich eigentlich allen Mitwirkenden Recht geben. Es war eine sehr konstruktive Zusammenarbeit. Allerdings zur zweiten Wortmeldung von Dr. Rabl möchte ich mit einem Satz Stellung nehmen. Die Drogenproblematik im alten Jugendzentrum Noitzmühle ist mir nicht bekannt. Bekannt ist mir, dass es aufgrund der Kellerlage größte Probleme mit den Besuchern bzw. mit der Zugangsmöglichkeit gab. Mir ist ferner bekannt, dass es Drogenprobleme dann gibt, wenn, so wie beim Jugendzentrum in der Neustadt, Herr Dr. Rabl sich fotografieren mit einer Shisha ins Bild setzt und dies mit einer Presseaussendung veröffentlicht. Dann sind Drogenprobleme bekannt, darin sehe ich die Probleme.

Zwischenruf Vzbgm. Dr. Rabl: Das ist eine Verleumdung Hermann!

Vzbgm. Wimmer: Sonst sind mir keine Probleme bekannt. In diesem Sinne ersuche ich um Zustimmung.

Der Antrag zu Tagesordnungspunkt 8. wird

einstimmig angenommen.

9.)

ASFINAG Autobahn und Schnellstraßen Finanzierungs AG,
1011 Wien, Rotenturmstraße 5-9; Franz Lindinger, Wels,
Lichtenegger Straße 114; Erwerb von Grundstücken für die
Errichtung eines Jugendzentrums
DI-LV-71-2014
DI-LV-72-2014

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Finanzausschuss am 23.06.2015:

Von der ASFINAG Autobahn und Schnellstraßen Finanzierungs AG, 1011 Wien, Rotenturmstraße 5-9, sowie von Herrn Franz Lindinger, Wels, Lichtenegger Straße 114, werden die für die Errichtung des Jugendzentrums Noitzmühle benötigten Grundflächen wie folgt erworben:

Grundstück ASFINAG: Grst.Nr. 1056	Kaufpreis: €	284.000,00
Grundstück Lindinger: Grst.Nr. 1057	Kaufpreis: €	258.336,00
zzgl. Nebenkosten	ca. €	25.000,00

Die mit der Errichtung und grundbücherlichen Durchführung des Kaufvertrages verbundenen Kosten, Gebühren und Abgaben aller Art, ausgenommen eine zur allfällig zur Vorschreibung gelangende Immobilienertragssteuer, gehen zu Lasten der Stadt Wels.

Der Magistrat der Stadt Wels wird beauftragt die entsprechenden Kaufverträge abzuschließen.

Einstimmig angenommen.

10.)

ASFINAG Autobahn und Schnellstraßen Finanzierungs AG,
1101 Wien, Rotenturmstraße 5-9; Gerlinde Eichmeir, Wels,
Lichteneggerstraße 135;
Erwerb von Grundstücken für den Schulstandort Noitzmühle
Grundsatzbeschluss – Finanzierung
FD-Fin-910-2015

Der Antrag (Anlage 22) lautet nach Vorberatung im Finanzausschuss am 23.06.2015:

Die Finanzierung des Erwerbs von Grundstücken für den Schulstandort Noitzmühle mit einem maximalen Kostenaufwand von 804.000 Euro inkl. USt. mittels Krediten bzw. Darlehen wird genehmigt.

Einstimmig angenommen.

11.)

ASFINAG Autobahn und Schnellstraßen Finanzierungs AG,
1101 Wien, Rotenturmstraße 5-9; Franz Lindinger, Wels,
Lichteneggerstraße 114;
Erwerb von Grundstücken für die Errichtung eines Jugendzentrums;
Grundsatzbeschluss – Finanzierung
FD-Fin-911-2015

Der Antrag (Anlage 23) lautet nach Vorberatung im Finanzausschuss am 23.06.2015:

Die Finanzierung des Erwerbs von Grundstücken für die Errichtung eines Jugendzentrums mit einem maximalen Restkostenaufwand von 189.000 Euro inkl. USt. mittels Krediten bzw. Darlehen wird genehmigt.

Einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits: Zur Richtigstellung von meiner Seite ein Satz: Das Jugendzentrum in der Noitzmühle war von Beginn an wegen der begrenzten Möglichkeiten immer nur als Provisorium gedacht.

12.)

VS 2 und NMS 1 Wels-Stadtmitte; Zubauten, Umbauten im
Bestand und Neubau einer Doppelturnhalle;
Grundsatzbeschluss – Finanzierung – Erweiterung
FD-Fin-90-2015

Der Antrag (Anlage 24) lautet nach Vorberatung im Finanzausschuss am 23.06.2015:

1. Die Finanzierung der Investitionen Volksschule 2 und Neue Mittelschule 1 für die Errichtung von Schulzubauten, Umbauten im Bestand und Neubau einer Doppelturnhalle mit den erforderlichen Nebenräumen und die Errichtung eines Kunstrasenplatzes inkl. Architektenwettbewerb mit einem voraussichtlichen Kostenaufwand von insgesamt 8,795.406,33 Euro inkl. USt. (ausgenommen bei Umbauten im Bestand) mittels Krediten bzw. Darlehen durch die Holding Wels Immobilien GmbH & Co KG wird grundsätzlich genehmigt, wobei bei der Stadt Wels eingehende Förderungen an diese Gesellschaft weiterzuleiten sind.
2. Die Finanzierung und Aufnahme von Darlehen für die Investitionen für die Einrichtung im Rahmen des Projektes „Volksschule 2 und Neue Mittelschule 1 Wels-Stadtmitte – Errichtung Schulzubauten, Umbau im Bestand und Neubau einer Doppelturnhalle“ entsprechend der Kostenschätzung in Höhe von 499.400 Euro zuzüglich 20 % USt., zusammen 599.280 Euro durch die Stadt Wels wird genehmigt.
3. Eine Übertragung von Mitteln zwischen Investitionen gemäß Punkt 1. und der Einrichtung gemäß Punkt 2. des Beschlussantrages ist zulässig, wenn hierdurch die

Gesamtprojektkosten in Höhe von 9,394.686,33 Euro inkl. USt. nicht überschritten werden.

4. Die Übernahme der Bürgschaft durch die Stadt Wels für die gemäß dem Punkt 1. in Verbindung mit Punkt 3. des Beschlussantrages aufzunehmenden Kredite bzw. Darlehen der Holding Wels Immobilien GmbH & Co KG entsprechend beiliegender „Musterbürgschaftserklärung“ wird genehmigt. Diese Haftungserklärung bedarf einer aufsichtsbehördlichen Genehmigung durch das Land Oberösterreich und ist gegenüber Dritten erst mit dieser Genehmigung rechtswirksam.

StR. Zaunmüller: Ich stimme mit den vom Finanzreferenten angeführten Punkten hundertprozentig überein. Die Kostenüberschreitung ist sehr erheblich. Auch mir wurde, wie ihnen Herr Vizebürgermeister Wimmer, aus pädagogischer Sicht erklärt was alles notwendig bzw. erforderlich ist. Diesen Erklärungen der Fachfrauen habe ich mich gebeugt. Ein wenig kritisch, das möchte ich an dieser Stelle zum Ausdruck bringen, sehe ich, dass bei diesem Projekt auf dem Dach der neu zu schaffenden Turnhalle eine Begehungszone eingerichtet wird. Mir wurde versichert, keine Sport- sondern wirklich nur eine Begehungszone. Kritisch möchte ich anmerken, mir persönlich gefällt das nicht so gut, wenn Kinder in sieben Meter Höhe sich auf dem Dach einer Turnhalle begegnen. Aber wie gesagt, das wurde von den PädagogInnen bzw. von den ElternvertreterInnen sehr vehement und eindringlich gefordert. Ich hoffe nur es passiert dort nichts. Die entsprechenden baulichen Maßnahmen müssen vorsehen, dass Kinder nie runterfallen oder eine Flasche oder ein Ball auf die Eisenhowerstraße geworfen wird. Sollte es doch passieren, möchte ich nicht in der Haut der PädagogInnen stecken, die an diesem Tag die Aufsicht hatten.

Vzbgm. Dr. Rabl: Das gegenständliche Projekt ist im Jahr 2015 das größte von uns umgesetzte Projekt. Es gab von Seiten der Schule aber auch von Seiten der Architekten noch viel mehr Wünsche, die umzusetzen gewesen wären. Diese hätten zu einer Explosion der Kosten geführt. Seitens des Gemeinderates gaben wir einen sehr engen Kostenrahmen vor. Im Rahmen des Architektenwettbewerbs haben wir versucht gemeinsam mit Peter Lehner und allen anderen politischen Verantwortlichen auf der Kostenbremse zu stehen. Das ist uns zum Teil gelungen, zum Teil aber auch nicht, weil durchaus verständliche Argumente sowohl der Direktoren als auch der Elternvertreter vorhanden waren, die sich mehr Freiraum für ihre Kinder wünschen. Sie wollen, dass ihre Kinder sich mehr im Freien bewegen können und die noch verbleibende Fläche nach Benützung eines Teilzeitsportplatzes für eine Sporthalle tatsächlich zu wenig gewesen wäre, um diesen Freiraum/Bewegungsraum für derart viele Schüler übrig zu lassen. Noch dazu, wenn es jetzt eine Empfehlung des Landes gibt, dass Betreuungseinrichtungen zukünftig pro Schüler eine entsprechende Fläche zur Verfügung stellen müssen. Da wir nicht wissen, ob dies tatsächlich einmal zu einer zwingenden Bestimmung wird, halte ich es für vertretbar diesen Schritt zu gehen.

Dieser Schritt – hier gebe ich dem Herrn Finanzreferenten Recht – tut weh was das Budget betrifft. Allerdings wissen wir, wenn eine Schule sinnvoll saniert wird, dass dies für viele Jahrzehnte ausreichend sein soll. Ich bin daher froh, dass dieser Beschluss – soweit ich dies den Wortmeldungen entnehmen konnte – einstimmig angenommen wird. Ich bedanke mich in diesem Zusammenhang beim Finanzreferenten und beim Schulreferenten für die reibungslose Zusammenarbeit.

Bgm. Dr. Koits übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Lehner.

Bgm. Dr. Koits: Es wird tatsächlich heute für diese Schule ein Meilenstein in die Welt gesetzt. Dieser Umbau, Neubau und Zubau der Schule macht vieles möglich, was in der Pädagogik im schulischen Bereich noch auf uns zukommen wird. Da geht es jetzt nicht nur um die Freiflächen, sondern auch um den sonstigen großen Inhalt in dieser Schule. Dazu gibt es – wie wir wissen – auf Bundesebene durchaus heftige Diskussionen. Genau diesen Punkt möchte ich zum Anlass nehmen und die Bundesregierung bzw. alle, die damit beschäftigt sind, aufzurufen und zu ersuchen, dass wir im Bildungsbereich endlich auf eine Lösung kommen, die von einer großen Mehrheit der höchsten Vertreter unseres Landes beschlossen wird. Das ist notwendig. Wir beschäftigen uns immer wieder mit der Betreuung der Lehrer, soll das jedoch das Land oder der Bund tun. Aber viel zu wenig wird sich mit der Pädagogik beschäftigt.

Unabhängig der Ergebnisse des Landes oder des Bundes eröffnen wir dieser Schule viele Möglichkeiten für die Zukunft.

GR. Wartinger: Wie bei der NMS 8, die bereits 2012 umgebaut wurde, hat auch die VS 2 bzw. die NMS 1 eine Renovierung dringend nötig. Über die Kosten möchte ich jetzt nicht mehr sprechen. Die Kostenexplosion war absehbar.

Etwas Bauchweh bereitet mir die Begehbarkeit des Turnhallendaches. Ich habe eine Schule mit begehbare Dachfläche in Wien besichtigt. Diese Wiener Konstruktion gefiel mir überhaupt nicht, sie hatte eher den Charakter eines Freiraumes für Häftlinge. Ich hoffe, dass für Wels eine bessere Lösung gefunden wird.

Wir als ÖVP-Fraktion sind für dieses Projekt, damit die Schüler aber auch die Lehrkräfte gerne in die Schule kommen und ihre Leistung und Motivation nicht durch Platzmangel verlieren.

Vzbgm. Lehner übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Koits.

Vzbgm. Wimmer: Bedanken möchte ich mich für diese breite Zustimmung einer Darlehensaufnahme in der Höhe von über 3,5 Mio Euro.

Der Antrag (Anlage 24) zu Tagesordnungspunkt 12. wird

einstimmig angenommen.

Berichterstatter Vizebürgermeister Dr. Andreas Rabl

13.)

Sanierung der Wohnhausanlage für Senioren – Hochpointstraße 15;
Gewährung einer Subvention in Form von Annuitätenzuschüssen
SB-WBF-34-2015

Der Antrag (Anlage 25) lautet nach Vorberatung im Bau- und Wohnungsausschuss am 23.6.2015:

1. Der Welser Heimstättengenossenschaft mbH, Wels, Laahener Straße 21a, wird zur umfassenden Gesamtsanierung der Seniorenwohnanlage in der Hochpointstraße Nr. 15, Wels, eine Subvention in der Höhe von 1,130.000 Euro gewährt.
2. Die Subvention wird in Form von 30 halbjährlichen Annuitätenzuschüssen zum vom Land OÖ bezuschussten Darlehen in Höhe von maximal 37.667,67 Euro (Laufzeit 15 Jahre, 1. Annuitätenzuschusszahlung frühestens 31.12.2015, jedoch abhängig vom tatsächlichen Datum der Förderungsdarlehenszuzählung) gewährt.
3. Die Förderwerberin verpflichtet sich diesen Betrag für folgende Sanierungs- und Umbauarbeiten – Baumeisterarbeiten, Innenausbau, Betonsanierungsarbeiten, Dachdecker- und Spenglerarbeiten, Tischlerarbeiten, Schlosserarbeiten, Maler- und Bodenlegerarbeiten, Fassadensanierung/Vollwärmeschutz, Verfliesung, Heizung/Lüftungs- und Sanitärinstallation, Elektroarbeiten, Blitzschutz und Aufzüge – widmungsgemäß zu verwenden.
4. Die Summe der seitens des Landes OÖ und der Stadt Wels gewährten Annuitätenzuschüsse darf die jeweilige Annuität des Förderungsdarlehens nicht überschreiten.
5. Im Falle einer vorzeitigen Tilgung des Förderungsdarlehens werden die Zuschüsse eingestellt.
6. Der Nachweis der widmungsgemäßen Verwendung ist durch Übermittlung der anerkannten Endabrechnung des Landes OÖ zu erbringen.

GR. Schatzmann: Durch die Sanierung der Wohnhausanlage in der Hochpointstraße 15 entsteht ein fast neuwertiges Gebäude. Für die Bewohner wird dies in vielerlei Hinsicht Vorteile bringen. Energetische Maßnahmen werden sich deutlich bei den Betriebskosten bemerkbar machen. Das gesamte Gebäude wird innen und außen heller und freundlicher gestaltet. Durch die Wärmedämmung ergibt sich eine Verbesserung der Energetik.

Die einzelnen Sanierungsmaßnahmen möchte ich ihnen näher erläutern. Im Außenbereich Dachsanierung, thermische Verbesserung, Austausch sämtlicher Fensterelemente, Einbau einer Schiebetür beim Haupteingang, Austausch des Garagentores. Im Innenbereich Austausch der Wohnungstüren, Lackieren der Zargen, Aufzüge werden generalsaniert, Kellerdecken werden gedämmt, in den allgemeinen Flächen werden Türen und Wände neu gestrichen; ebenso die Stahlteile des Vordaches im Bereich des Haupteinganges. Haustechnische Anlagen, Heizung und Elektro werden überhaupt auf den Stand der Technik gebracht. Wesentliche Punkte sind natürlich hier Montage von Solarkollektoren mit Pufferspeicher am Dach. Die Heizpumpe für weniger Stromverbrauch wird ausgetauscht. Die Heizkörper in den Wohnungen werden überprüft und gegebenenfalls Ventile getauscht, der Gaskessel bleibt bestehen.

Wesentliche Punkte zu den Elektroinstallationen: Umbau der elektrotechnischen Anlagen, die Erweiterung der Brandmeldeanlage, Montage von Rauchmeldern in den Woh-

nungen und in den Loggien, Neuerstellung einer Blitzschutzanlage, Neuerstellung der Beleuchtung inkl. Sicherheitsbeleuchtung im Bereich der allgemeinen Flächen.

Auch der Außenbereich wird neu gestaltet. Garagenabfahrten und Grünflächen werden adaptiert.

Die Kosten belaufen sich auf etwa 2,5 Mio Euro. Ein Dank gilt dem Land Oberösterreich und der Stadt Wels für die finanzielle Unterstützung.

GR. Reindl-Schwaighofer: Zur Vervollständigung und Ergänzung möchte ich darauf hinweisen, dass das Knorrstraßenprojekt und das vorliegende Projekt gemeinsam von der Sozialreferentin und dem Baureferenten ausgearbeitet wurden. Für die Sanierung des Hauses in der Knorrstraße waren die finanziellen Mittel im Ressort Stadträtin Huber angesetzt, jetzt sind die Kosten beim Wohnbaureferenten budgetiert.

GR. Weidinger: Auch die ÖVP-Fraktion ist über die Sanierung der Seniorenwohnanlage in der Hochpointstraße erfreut. Wer einmal in dieser Wohnanlage war, konnte sich über die Missstände in diesem Haus überzeugen. Es war wirklich an der Zeit zu investieren. Wir werden diesem Antrag zustimmen.

Vzbgm. Rabl: Lieber Johnny! Natürlich gilt der Dank in diesem Zusammenhang für die reibungslose Zusammenarbeit der Sozialreferentin Stadträtin Huber. Es zeigt sich, dass in dieser Stadt mehrere Parteien ein soziales Gewissen haben und sich für sozial schwächere Gruppen einsetzen. Das finde ich toll und ich will das auch keiner Partei des Gemeinderates absprechen.

Was den Umfang betrifft ist den ausgezeichneten Ausführungen des Egon Schatzmann nichts mehr hinzuzufügen. Er als Experte und Vertreter in der Heimstätte hat dies ausreichend erklärt.

Wir machen einen großen Schritt in die richtige Richtung und ich ersuche um Zustimmung.

Der Antrag (Anlage 25) zu Tagesordnungspunkt 13. wird

einstimmig angenommen.

Berichterstatter Vizebürgermeister Peter Lehner

14.)

Tourismusverband Wels; Förderung für touristische Maßnahmen und Projekte
Vorausverfügung durch den Stadtsenat – nachträgliche Genehmigung
BZ-Pol-90005-2015

Der Antrag (Anlage 26) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 15.6.2015:

Die Stadt Wels gewährt dem Tourismusverband Wels für das Jahr 2015 eine Förderung in Höhe von 200.000 Euro für seitens des Förderungsgebers akzeptierte touristische Maßnahmen und Projekte zu Lasten der VASSt. 1.7710.757100.8.

Die Auszahlung erfolgt in zwei gleichen Teilbeträgen, wobei der erste Teilbetrag umgehend nach Beschlussfassung und der zweite Teilbetrag am 01.08.2015 zur Auszahlung zu bringen ist.

Der Nachweis der widmungsgemäßen Verwendung dieser Förderungsmittel ist durch Vorlage des Rechnungsabschlusses 2015 bis spätestens 01.05.2016 zu erbringen.

Die vom Stadtsenat gemäß § 47 Abs. 5 StW. 1992, i.d.g.F., durchgeführte Vorausverfügung wird nachträglich genehmigt.

Einstimmig angenommen.

15.)

Beschluss des Gemeinderates der Stadt Wels, mit dem die Markttarifordnung 2006 abgeändert wird (2. Novelle der Markttarifordnung 2006)
BZ-Markt-1964-2005

Der Antrag (Anlage 27) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 15.06.2015:

Der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beigefügte 2. Novelle der Markttarifordnung 2006 beschließen.

Einstimmig angenommen.

16.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels, mit der die Marktordnung 2006 geändert wird (2. Novelle der Marktordnung 2006)
BZ-Markt-1965-2005

Der Antrag (Anlage 28) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 15.06.2015:

Der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beiliegende Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels, mit der die Marktordnung 2006 geändert wird (2. Novelle der Marktordnung 2006), beschließen.

Einstimmig angenommen.

17.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels über die Abänderung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Wels Nr. 4/2003 und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 – generelle Überarbeitung mit Beschlussfassung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Wels Nr. 5/2015 mit dem örtlichen Entwicklungskonzept Nr. 2/2015, bestehend aus dem Funktionsplan und ergänzenden textlichen Festlegungen
BZ-BauR-3500-2009

miterledigt: BZ-BauR-5001-2015, 5003-2015, 5006-2015, 5008-2015, 5009-2015, 5015-2015, 5002-2014, 5010-2014, 5015-2014, 5016-2014, 5019-2014 und 5014-2012

Der Antrag (Anlage 29) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 22.06.2015, der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beigefügte Verordnung über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Wels Nr. 4/2003 (neu: Flächenwidmungsplan Nr. 5/2015 in der Fassung vom 15.06.2015) samt Änderung des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (neu: ÖEK Nr. 2/2015 in der Fassung vom 15.06.2015), bestehend aus dem Funktionsplan und den ergänzenden textlichen Festlegungen beschließen.

GR. Prof. Mag. Teubl: Alle 10 Jahre soll eine Gemeinde ein Örtliches Entwicklungskonzept vorlegen und dort ihre Vorstellungen für die Zukunft und die Entwicklung der Stadt in der Zukunft darstellen. Im Falle der Stadt Wels stammt das letzte vorliegende Entwicklungskonzept aus dem Jahr 1997, d.h. die Überarbeitung war bereits acht Jahre überfällig. Viel zu spät wurde damit begonnen die Neuauflage zu beauftragen, so sind wir zuletzt gehörig unter Zeitdruck geraten, weil das erklärte Ziel des Planungsreferenten noch vor dem Ende dieser Legislaturperiode damit fertig zu werden sehr schwer zu erreichen war. Infolge dieses selbstgemachten Zeitdruckes wurde am Schluss leider so manches ziemlich rasch „durchgepeitscht“, was ein gründliches Nachdenken über einzelne Entscheidungen nicht immer möglich machte.

Das Örtliche Entwicklungskonzept liegt nun vor. Wie Peter Lehner bereits sagte, damit ein Konvolut, das seinesgleichen sucht. Ein prall gefüllter Ortner mit überdimensionalen Plänen, mit einem Motivenbericht, mit einem Konzept für den Grünraum, für das Bauland und für den Verkehr. Schließlich der 90-seitige Amtsbericht, der die einzelnen Einwendungen abhandelt.

Eine sehr aufwendige und verdienstvolle Arbeit, die dafür nötig war und für die ich im Namen der GRÜNEN einen Dank an die damit befasste Beamtenschaft, allen voran Dr. DI. Wolfgang Pichler, der im vergangenen Jahr unermüdlich daran arbeitete und alle Präsentationen erstklassig vorbereitete, aussprechen. Ein Dank an die Ausschussmitglieder der anderen Fraktionen. Wir haben in einer langen Reihe von mehrstündigen Klausuren Punkt für Punkt besprochen und in einer sehr konstruktiven Weise zusammengearbeitet, die man sich in anderen Zusammenhängen oft nur wünschen würde. Der sog. Motivenbericht ist zwar nicht Teil des heutigen Beschlusses aber die Datengrundlage der Planungen. Er ist ebenfalls eine sehr verdienstvolle Sammlung von statistischen Erhebungen, die uns in anderen politischen Entscheidungen unterstützen können.

Das eigentliche Örtliche Entwicklungskonzept, insbesondere der Textteil, welcher die geplanten Einzelmaßnahmen und Details beschreibt, beinhaltet ebenfalls viele sehr gute Überlegungen. So werden beispielsweise Flächen für die Ausstattung mit öffentlichen Grünräumen definiert, wo wir in Wels bekanntermaßen einen eklatanten Fehlbestand aufweisen. Da könnte durchaus die langjährige GRÜNE-Forderung nach einer zweiten Freizeitanlage mit Badeseesee, wie wir sie heute auch noch in unserem Antrag erneut formulieren werden, vielleicht eine Chance auf Verwirklichung haben. Aber auch so mancher Stadtteilpark in Wohngebieten, die nicht gerade üppig mit Grünraum bedient sind, ist hier vorgesehen. Genauso wichtig sind die Überlegungen zu einer qualitätvollen Durchwegung unserer Stadt mit Geh- und Radwegen, vorrangig entlang von Bächen oder in möglichst grünem Ambiente, sind doch Zufußgehende und Radfahrende in unserer Stadt immer noch allzu häufig dazu verdammt auf stark befahrenen Straßen unterwegs zu sein.

StR. Kroiß: Es handelt sich um ein Örtliches Entwicklungskonzept, welches auf einen Planungszeitraum von rund zehn Jahren ausgelegt ist und als Schwerpunkt Aussagen macht über das zukünftige Baulandkonzept, das Verkehrskonzept und das Grünlandkonzept. Kollege Teubl sprach es bereits an, gerade mit dem Motivenbericht hat man eine seriöse Bestandsaufnahme und –analyse für die zukünftigen Jahre.

Sieht man sich die Zuwächse der Wohnbevölkerung in den nächsten Jahren an, wird man sehen, dass diese immer an den großen Verkehrsachsen liegen. Entlang dieser Achsen ist eine sehr große wirtschaftliche Attraktivität zu beobachten. Diese Standorte weisen eine sehr große Attraktivität für Dienstleistungsunternehmen auf. Gerade Wels aber auch seine Umlandgemeinden weisen genau diese Situation auf. Wir werden in Zukunft hoffentlich mehr Betriebe, mehr Schulen, mehr Kindergärten und mehr Bevölkerung haben. Dazu benötigen wir auch mehr Wohnungen. D.h. natürlich es wird mehr Verkehr geben.

Wenn man sich die prognostizierte Bevölkerungsentwicklung in den Umlandgemeinden ansieht wird man sehen, dass gerade die Umlandgemeinden die großen Gewinner sind. Das bedeutet wiederum eine Zunahme der Verkehrsentwicklung mit der Binnenabwanderung in die Umlandgemeinden. Gleichzeitig mit dem wirtschaftlichen Aufschwung in der Stadt Wels werden wir mit wachsenden Verkehrsbelastungen zu rechnen haben. Gerade diese Verkehrsbelastung wirkt sich wiederum auf die Infrastruktur aus. Derzeit haben wir rund 300 km Straßen zu betreuen, 55 km Radwege, diverse Brücken und Unterführungen. All diese Infrastruktur muss natürlich erhalten werden. In Wels werden an einem durchschnittlichen Werktag rund 270.000 Wege zurückgelegt.

In den nächsten Jahren wird eine der größten Herausforderungen die Lenkung des Verkehrs in der Richtung sein, dass es zu einer möglichst gleichmäßigen Belastung der Bevölkerung kommt. Wir müssen darauf achten, dass es heute bereits Straßenzüge gibt, die sehr stark belastet sind. Die Anrainer stöhnen wirklich unter der Verkehrsbelastung und brauchen berechtigterweise Abhilfe, wie LKW-Fahrverbote oder sonstige Lenkungsmaßnahmen. Beim Thema Schwerverkehr sind sich alle Fraktionen einig zu versuchen speziell diesen aus dem Bereich Wels-West und Wimpassing wegzubringen. Das wird neben dem bestehenden LKW-Fahrverbot, ausgenommen Ziel- und Quellverkehr, mit zusätzlichen LKW-Fahrverboten möglich sein. Dazu gibt es bereits viele fachliche Überlegungen. Aufgrund der rechtlichen Rahmenbedingungen müssen wir daran arbeiten, es sind viele Planungen und Berechnungen dazu notwendig. Im Budget wur-

den von mir bereits Mittel dafür angemeldet. Ich halte nichts davon einzelne Straßen hervorzuheben, ohne die weiteren Lenkungsmaßnahmen festzulegen.

In Zukunft werden wir uns auch mit dem Individualverkehr auseinandersetzen müssen. Wir sind beim Fahrradverkehr bemüht gerade bei Neuplanungen diesen zu berücksichtigen.

Zum Thema Öffentlichen Linienverkehr wurde eine Arbeitsgruppe eingerichtet, um Maßnahmen zur Attraktivierung des Linienverkehrs zu setzen.

Die Gelegenheit möchte ich nutzen und mich bei allen Mitarbeitern des Hauses Magistrat bedanken. Ebenso bei den Ausschussmitgliedern und bei der Bevölkerung, die mit sehr viel guten Vorschlägen dazu beigetragen haben.

GR. Prof. Mag. Teubl: Nun auch ein paar Kritikpunkte: Was mich als GRÜNEN schmerzt ist die Tatsache, dass der Umgang mit der wertvollen Ressource Boden immer noch nicht entsprechend berücksichtigt wird und doch sehr leichtfertig erfolgt. Es ist nun einmal eine unabänderliche Tatsache, dass die Fläche unseres Stadtgebietes begrenzt ist. Wenn man nicht bis zum letzten Quadratmeter alles zurpflastern, asphaltieren und betonieren will, muss auch die Ausweitung des Baulandes irgendwann einmal sein Ende haben.

Im Entwicklungskonzept von 1997 war eine klare Vorgabe enthalten – der Autobahnring sollte nicht überschritten werden. Inzwischen wurde diese Vorgabe bereits mehrfach abgeändert, in Oberthan entsteht gerade ein Betriebsbaugelände samt neuem Autobahnanschluss, obwohl noch eine Reihe von als Betriebsbaugelände gewidmete Flächen im Stadtgebiet vorhanden sind.

Auch was die Wohnbebauung anlangt, wurde mit der Genehmigung des Wohnungsprojektes Sonnenpark in Puchberg bereits mitten im Grünland diese Grenze des Autobahnringes überschritten. Ein Weg, den wir als GRÜNE nicht mitgehen und den wir keinesfalls als im Sinne der Entwicklung der Stadt Wels förderlich erachten.

Im vorliegenden neuen Entwicklungskonzept wird nun diese Strategie weiterverfolgt. Im Süden von Puchberg ist entlang der Autobahn wieder ein neues Betriebsbaugelände geplant. Angeblich sind schon wieder keine Betriebsbauflächen vorhanden und man müsse sie weiter ausweiten. Ja wohin denn? Wie lange können wir noch ausweiten? Irgendwann wird es nicht mehr gehen. Diese Ausweitung des Betriebsbaugeländes Puchberg-Süd wurde von den Raumordnungsexperten des Landes Oberösterreich sehr kritisch gesehen und es wurde auf den Wirtschaftspark Voralpenland verwiesen. Einen überregionalen Zusammenschluss von Gemeinden, die Betriebsbauflächen gemeinsam einbringen und nach einem vorgegebenen Schlüssel die Aufteilung der Gemeindesteuern vornehmen. Somit muss nicht unbedingt jede Betriebsansiedlung im Stadtgebiet von Wels realisiert werden.

Schließlich möchten wir noch vermehrt von der Möglichkeit der Nachverdichtung im bereits verbauten Raum Gebrauch machen, Leerstände sowohl bei Wohnungen als auch bei betrieblichen Objekten, von denen es viele gibt, ermitteln und einer Nachnutzung zuführen. Es könnten auch verstärkte Bemühungen zur Mobilisierung von Baulandreserven, also von bereits gewidmeten Flächen einiges bewirken. Die Fläche unserer Stadt ist also nicht vermehrbar, wenn man vielleicht von der Möglichkeit einer Gemein-

dezusammenlegung mit den Umlandgemeinden absieht, was ja auch nicht die aller-schlechteste Zukunftsvision wäre. Das wird nicht von heute auf morgen ein aktuelles Thema sein. Überregionale Zusammenarbeit sollte generell weit mehr als bisher Platz greifen. Wir brauchen dringend ein regionales Entwicklungskonzept für die gesamte Region Wels-Stadt / Wels-Land und damit die Einbeziehung des Umlandes der Stadt. Das wurde bislang von Seiten der Stadt Wels nicht gerade forciert.

Nicht ganz zufrieden sind wir mit der Bürgerbeteiligung bei der Entwicklung des ÖEK. Es gab zwar die Informationsveranstaltungen, aber wir sind der Meinung, dass die Einbindung der BürgerInnen von Beginn an der bessere Weg ist.

Am Ende meiner Ausführungen muss ich leider als Resümee sagen, obwohl dieses ÖEK sehr vieles enthält, das unsere Zustimmung findet, können wir wegen der grundsätzlichen Orientierung auf eine ständige Baulandausweitung der Vorlage leider nicht unsere Zustimmung erteilen.

GR. Ganzert: Auch seitens der SPÖ-Fraktion einen herzlichen Dank an alle Ausschussmitglieder, die sich an zahlreichen Nachmittagen stark einbrachten. Vielen Dank an die Baudirektion, an Herrn Baudirektor DI. Karl Pany und an Dr. DI. Wolfgang Pichler, der sich in einer sehr kurzen Zeit einarbeitete und einiges auf den Weg brachte.

Auch das ÖEK stößt an seine Grenzen. Angesprochen wurde bereits die zeitliche Begrenzung, daher war es sehr arbeitsintensiv eine Lösung zu finden. Im Großen und Ganzen darf ich sagen, dass das ÖEK ein sehr zukunftsicherndes Projekt und ein Mittel der zukünftigen Flächenwidmung und –nutzung unserer Stadt sein wird. Als Ausschussmitglied hätte ich mir zwar gewünscht, dass manche Dinge etwas tiefer besprochen hätten werden können. Hinter dem ÖEK steht eine zukunftsichere Planung für unsere Stadt.

GR. Mag. Mayerhofer: Verkehr ist kein Thema, welches uns erst in den nächsten Jahren beschäftigen wird. Es beschäftigt uns bereits jetzt. Die in der Stadt bestehenden Bürgerinitiativen haben ein verbindendes Thema – nämlich das Thema Lärm. Lärm verursacht durch Verkehr. Deshalb ist es dringend notwendig Maßnahmen zu entwickeln.

Beim heute noch auf der Tagesordnung stehenden Punkt erwähnt der Umweltschutz in seiner Stellungnahme, es ist eine umfassende Mobilitätsplanung im Nordwesten von Wels unbedingt notwendig. Wenn es um Maßnahmen geht, geht es nicht nur darum wie mit dem vorhandenen Lärm umgegangen wird. Welche Begleitmaßnahmen können wir ergreifen, um den Menschen vor Ort eine hohe Lebensqualität zu ermöglichen. Der Gemeinderat hat das Konzept „Energistadt Wels“ zur Kenntnis genommen. Dazu gibt es ebenfalls vorgeschlagene umfassende Maßnahmen was den Bereich der Mobilität, den Bereich Stärkung des Rad- und Fußgängerverkehrs aber auch den Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs betrifft. Das alles gehört dringend umgesetzt.

GR. Schönberger: Das ÖEK ist überwiegend sehr positiv. Aber ich frage mich natürlich, warum zu diesem Zeitpunkt und warum in den letzten fünf oder sechs Klausuren nur noch eine Rückwärtsbewegung stattfand? In fünf Klausuren haben wir uns Ziele auferlegt. Diese wurden aus welchen Gründen auch immer von den übergeordneten Instanzen abgelehnt, beeinsprucht oder als nicht durchführbar dargestellt. Wenn ein politischer Referent den Auftrag erhält politische Ziele, die aus allen Fraktionen vorgeschlagen wurden, umzusetzen, sollte er dementsprechend auf das Land Oberösterreich ein-

wirken. In den Umlandgemeinden ist offensichtlich viel mehr möglich als in Wels, wenn man sich die Zusagen des Landes ansieht.

Warum in der Rückwärtsbewegung? Mehr oder minder haben wir in fünf Sitzungen Einwendungen entkräftet. Wir konnten aufgrund des auferlegten Zeitdruckes keine neuen Ziele mehr definieren. Oft würde es aber Sinn machen, wenn ein Ziel nicht erreicht wird, vielleicht einen Schritt zurückzugehen und ein neues Ziel zu definieren. Das alles war nicht möglich, weil uns ein dementsprechender Zeitdruck auferlegt wurde. Mit dem ÖEK sind einige sehr wichtige Projekte in der Stadt verbunden. Es hieß immer wieder, wenn das ÖEK mit dem Flächenwidmungsplan in dieser Form nicht beschlossen wird, dann liegen mehrere Projekte mehr als ein halbes Jahr auf Eis. Diese Vorgangsweise ist nicht sehr elegant. Heute findet die letzte Sitzung dieser Periode statt und heute legen wir einen Handlungsrahmen für die gesamte nächste Legislaturperiode fest. Warum dieser Zeitdruck? Warum können nicht die neuen Kollegen des Gemeinderates im November, Dezember d.J. ihre Handlungen setzen und ihre Ziele definieren? Diese Möglichkeit hatte natürlich auch dieser Gemeinderat, wenn am Anfang der Funktionsperiode ein neues ÖEK beauftragt worden wäre.

Ist es wirklich eine sinnvolle Angelegenheit das Thema Migration und Integration in dieser Tatsachenfeststellung herauszunehmen, obwohl wir uns mit diesem Thema fast in jeder Gemeinderatsitzung mit mehreren Anträgen beschäftigen müssen?

GR. LAbg. Dr. Csar: Hört man diese Diskussion, weiß man nicht mehr wer dafür und wer dagegen ist. Tatsache ist, das ÖEK hatte 18 Jahre Gültigkeit. Nun wird es abgeändert. Peter Lehner wurde in den Stadtsenat entsandt und überlegte sich das ÖEK neu zu überarbeiten. Am Ende der Legislaturperiode, nach langen Diskussionen, wird nun das überarbeitete ÖEK zur Beschlussfassung vorgelegt. Nach Anhörung bzw. Mitarbeit aller Beteiligten findet dieses immer noch Kritikpunkte. Ich verstehe das nicht. Sind wir doch froh, dass wir gemeinsam ein konstruktives Ergebnis fanden und wir nun ein ÖEK beschließen, welches wir alle mittragen können.

Am bisher gültigen ÖEK wurden 165 Änderungen durchgeführt, auch im Hinblick darauf dieses zu adaptieren. Für eine verantwortungsvolle Politik ist es notwendig zeitgerecht zu agieren, zu planen und zu reagieren.

Über das vorliegende ÖEK wurde konstruktiv diskutiert und ein Zukunftskonzept ausgearbeitet. Die Beteiligung der Bürger war hervorragend. Informationsveranstaltungen fanden statt, Fragen, Wünsche und Begehren wurden beantwortet und dementsprechend berücksichtigt. Dass der Umweltschutz da oder dort eine andere Meinung vertritt, verstehe ich. Dieser hat keine Interessen abzuwägen, sondern er hat die Interessen des Umweltschutzes wahrzunehmen.

Ein Dankeschön an alle beteiligten Personen, insbesondere einen herzlichen Dank an den Referenten Vzbgm. Peter Lehner. Er hatte den Mut, die Beharrlichkeit und die Konsequenz diese schwierige Diskussion konstruktiv zu führen. Das Endprodukt ist das nun vorliegende ausgezeichnete Konzept. Nehmen wir die Verantwortung für die Welser Bevölkerung war – das sind wir ihnen schuldig.

Vzbgm. Lehner: Mit den Umlandgemeinden arbeiteten wir in mehrfacher Hinsicht zusammen. Einerseits in einer großen Klausur mit den Bürgermeister, Amtsleitern und Bauleitern der umliegenden Gemeinden, andererseits mit dem Wirtschaftspark Voral-

penland. D.h. es wurde auf der planerischen Ebene versucht alle Überschneidungsthemen zu diskutieren, zu schauen wie können wir möglichst sparsam mit der Ressource Boden umgehen und wie können wir was die Verkehrsthematik betrifft im Interesse der WelserInnen zukünftige Konflikte vermeiden. Faktum ist, die Umlandgemeinden wachsen dramatisch schnell. Das führt zu einer enormen Verkehrsbelastung in Wels. Dieses Thema wird uns die nächsten Jahre sicher noch viel beschäftigen. Themen, die heute noch nicht auf dem Tisch liegen, wie Betriebsbauflächen außerhalb der Stadt Wels, die zu mehr Verkehr in der Stadt Wels führen, müssen bedacht werden. Daher ist es umso wichtiger dort die Betriebsbauflächen anzubieten, wo möglichst schnell das hochrangige Autobahnnetz erreichbar ist – beispielsweise in Wels-Nord.

Denke ich an Krenglbach, an eine weitere Nutzung des Ziegelwerkes Wienerberger, an eine Entwicklung mit betrieblichen Ansiedelungen, wird das zu einer enormen Verkehrsbelastung für alle Anrainer auch an der B 137, in Wels, in Puchberg, in Roithen kommen. Wichtig sind entsprechende Schutzmaßnahmen an der B 137 und an der Autobahn zu treffen. Diese Themen müssen wir gemeinsam für die Bevölkerung in Zukunft lösen. Dass sich die Bürger in diesen Bereichen zur Wehr setzen und eine Lösung für ihre Probleme fordern ist gerechtfertigt. Dafür stehen wir zur Verfügung. Es gab bereits viele Besprechungstermine im Zusammenhang mit dem ÖEK aber auch mit anderen Dingen diese Themen zu lösen. Es sind Themen, die wir als Politik für die Zukunft auch lösen müssen.

Die in Wels-Nord gewidmeten Flächen für den Wirtschaftspark über 5 ha sind Teil des überregionalen Wirtschaftsparks, d.h. es ist genau diese überregionale Zusammenarbeit, die Walter Teubl von der Politik einfordert. Wir wollen mit den Gemeinden zusammenarbeiten, um den Verkehr bzw. die Verkehrsbelastung zu reduzieren und um Arbeitsplätze in der Stadt anzubieten.

Damit komme ich zu den Themen, die Karl Schönberger ansprach. Wir haben mit dem definierten Ziel viele Dinge visionär angedacht und ausgereizt. Der Sachverständigen dienst des Landes Oberösterreich sieht ganz klare Regeln vor was wasserrechtlich oder umweltrechtlich möglich oder nicht möglich ist. Hier kamen von der Naturschutzabteilung aber auch von der Verkehrsabteilung des Landes enorme Einsprüche. Es sind keine politischen Themen sondern es sind Themen, wo Fachexperten ihre Meinung kundtun und die Politik in Wels die Aufgabe hat entweder diese Fachmeinungen zu entkräften oder die Dinge zurückzunehmen und zur Kenntnis zu nehmen, dass es außerhalb der Politik auch kluge Köpfe gibt, die oft in ihrem Fachbereich etwas bedenken, was die Politik oder auch die Welser Baudirektion noch nicht ins Kalkül nahmen. Wir legten hier nicht einen Rückwärtsgang ein, sondern wir diskutierten sachlich was in den einzelnen Fällen zu tun ist und welche Ziele wir beibehalten bzw. nicht beibehalten. Im ÖEK ist natürlich der angesprochene Badensee möglich. Ich bitte um Beschlussfassung, um für das ÖEK der Stadt Wels 2015 die örtlichen Rahmenbedingungen zu setzen.

Bgm. Dr. Koits: Danke dem Referenten und danke auch den MitarbeiterInnen. Das Bemühen war von allen Seiten ein deutliches gemeinsames Großes und Ganzes in den Vordergrund zu stellen. Im Detail ist in Zukunft natürlich daran zu arbeiten. Nach dem ersten ÖEK aus dem Jahr 1997, bei dem übrigens dieselben Diskussionen geführt wurden, ist dieser der wichtigste Beschluss für unsere Stadt in den nächsten zehn Jahren.

Der Antrag zu Punkt 17. der Tagesordnung wird mit

gegen 29 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- + ÖVP-Fraktion)
2 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

GR. Schönberger, GR. Wildfellner und GR. Mag. Lehner sind bei der Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

Bgm. Dr. Koits übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Wimmer.

18.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels über die Abänderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003 (Änderung Nr. 207) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (Änderung Nr. 164)
BZ-BauR-5004-2015

Der Antrag (Anlage 30) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 15.06.2015, der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beigefügte Verordnung über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Wels (207. Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (164. Änderung) beschließen.

Einstimmig angenommen.

19.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels über die Abänderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003 (Änderung Nr. 206) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (Änderung Nr. 163)
BZ-BauR-5011-2015

Der Antrag (Anlage 31) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 15.06.2015, der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beigefügte Verordnung über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Wels (206. Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (163. Änderung) beschließen.

GR. Mag. Mayerhofer: Welche Begleitmaßnahmen werden konkret getroffen, um diesen Anrainerbedenken entgegenzutreten?

StR. Kroiß: Was das Thema Wels-Wimpassing betrifft haben wir noch den straßenrechtlichen Verordnungsplan für diese Straßenzüge auf der Tagesordnung. Es wird umfangreiche Planungen geben, wie wir dieses Gebiet vom Schwerverkehr befreien kön-

nen. Gespräche mit der Interessensgemeinschaft Wimpassing fanden statt, in der es um mögliche Straßensperren ging. Wir müssen noch viele Berechnungen durchführen und wahrscheinlich einen externen Berater zuziehen, weil diese Planung sehr umfangreich ist. Wir brauchen für die Umleitung des Schwerverkehrs rechtliche Rahmenbedingungen. Mit dieser neuen Abfahrt Wels-Wimpassing gelingt uns das. Es geht nicht nur um das Gebiet Wimpassing, sondern wir wollen zu dem bestehenden LKW-Fahrverbot noch andere Wohngebiete vom Schwerverkehr befreien. Dazu gibt es umfangreiche Berechnungen und die sog. Mobilitätsplanung, welche vom Umweltschutz eingefordert wird.

GR. Weidinger: Mir kommt schön langsam vor als würden die GRÜNEN in keinen Ausschuss sitzen. Kollege Teubl ist im Verkehrsausschuss – dieser könnte sie Frau Mag. Mayerhofer schon informieren! Die Gemeinderatsitzung so zu nutzen als ob wir keine Informationen weitergeben, finde ich wirklich sehr schade.

Vzbgm. Lehner: Das Verkehrsthema und die Entlastung der Anrainer ist ein großes Bedürfnis. Durch die Möglichkeit möglichst schnell auf die Autobahn zu kommen wird möglichst wenig Verkehrsbelastung erzielt. Die LKW's müssen aus der Stadt heraus, das sagte StR. Kroiß richtig. Dazu hilft diese Autobahnab- bzw. auffahrt.

Der Antrag zu Punkt 19. der Tagesordnung wird mit

26 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ-, ÖVP-Fraktion +
GR. Prof. Mag. Teubl)
gegen 1 Stimmenthaltung (GRÜNE-Fraktion ohne GR. Prof.
Mag. Teubl)

angenommen.

Bgm. Dr. Koits, GR. Lindlbauer, GR. Mag. Lipp, GR. Forstinger, GR. Mag. Brenner-Nerat, GR. Reindl-Schwaighofer und GR. Mag. Lehner sind bei der Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

20.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend
Bebauungsplan Nr. 310/1.6 (Stadtteil: Vogelweide)
BZ-BauR-6005-2014

Der Antrag (Anlage 32) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 15.06.2015, der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 310./1.6 (Stadtteil: Vogelweide) beschließen.

Einstimmig angenommen.

21.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend
Bebauungsplan Nr. 316/B.2 (Stadtteil: Vogelweide)
BZ-BauR-6017-2014

Der Antrag (Anlage 33) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 15.06.2015, der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 316/B.2 (Stadtteil: Vogelweide) beschließen.

Einstimmig angenommen.

22.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend
Bebauungsplan Nr. 116/D.1.3 (Stadtteil: Pernau)
BZ-BauR-6021-2014
BZ-BauR-6024-2014

Der Antrag (Anlage 34) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 15.06.2015, der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 116/D.1.3 (Stadtteil Pernau) beschließen.

GR. Ganzert: Studierende tragen maßgeblich zum urbanen Lebensgefühl einer Stadt bei. Mit diesem Satz begann ich bereits meine Wortmeldung in der vergangenen Sitzung des Gemeinderates. Ich möchte das Bemühen unterstreichen mit der Errichtung eines Studentenheimes zu einer Stadt für Studenten zu werden. Schließlich beherbergt die Stadt Wels mit der Fachhochschule nicht nur eine der modernsten Hochschulen Oberösterreichs, sondern die FH Wels zählt in ihrem Endausbau mit über 2.200 zukunftssicheren und modernen Studienplätzen zum größten Fachhochschulstandort Oberösterreichs. Vor allem möchte ich der Stadt Wels den Auftrag mitgeben weiter dafür zu kämpfen, dass Wels eine hochschulfreundliche Stadt wird. Durch die Einführung des Semestertickets für auswärts Studierende haben wir schon einiges auf den Weg gebracht.

Danke an den Referenten und an die MitarbeiterInnen in unserem Haus. Alle offenen Fragen in diesem Zusammenhang konnten zu einem sehr hohen Ausmaß geklärt werden. Ich bin sehr froh mit diesem Studentenheim einen weiteren Mosaikstein für ein hochschulfreundliches Wels gesetzt zu haben.

GR. DI. Haydinger: Die Welser Freiheitlichen begrüßen ebenfalls diese Umwidmung, insbesondere die Tatsache, dass dort der dringende Bedarf an einem Schüler- und Studentenwohnheim gedeckt wird. Der Standort Wels wird durch diese Erweiterung als Schüler- bzw. Studentenstadt gestärkt. Einziger nicht unwesentlicher Kritikpunkt ist die Parkplatzsituation vor Ort. Der Parkdruck vor Ort ist bereits jetzt vor allem durch die in diesem Bereich befindlichen verschiedenen Schulen, beispielsweise die HTL für Lebensmitteltechnologie, enorm. Jeder, der untertags in diesen Straßenzügen unterwegs

ist sieht, dass alle zugeparkt sind. Einige Straßen können nur mehr im Einbahnsystem befahren werden.

Auch wenn die gesetzlichen Rahmenbedingungen in diesem Neubauprojekt berücksichtigt wurden, bin ich der Meinung, dass die Parkplatzsituation nicht gelöst wurde. Ich hoffe bei künftigen ähnlichen Projekten wird die Parkplatzsituation mehr Berücksichtigung finden.

GR. Haböck: Beim Thema Studentenheim wurde endlich etwas umgesetzt. Meinen Vordnern kann ich mich nur anschließen. Es ist enorm wichtig, dass Wels sein Image als Studentenstadt pflegt und ausbaut. Natürlich können wir nicht mit den großen Universitätsstädten konkurrieren – brauchen wir auch gar nicht! Wir haben ein TOP-Angebot an allen Bildungseinrichtungen. Diese werden sehr gut genutzt. Als Beispiel sei die Fachhochschule angeführt. In diesem Bereich wurde ein wichtiger Mosaikstein gesetzt – aber das Bild ist noch lange nicht komplettiert. Es fehlen noch viele andere begleitende Maßnahmen um aus Wels die Studentenstadt zu machen, die den Stellenwert Universitätsstadt und FH-Stadt auch verdient.

Kritisch anmerken möchte ich jedoch zu manchen Fraktionen, speziell zu den GRÜNEN: Wir denken Studentenleben, Universität, Ausbildung besteht nur aus diesen zwei bis sechs Jahren, in denen die Ausbildung genossen wird. Die StudentInnen, Personen, die eine Ausbildung an höheren Schulen machen, sind nicht immer alle in Wels sondern studieren auch auswärts. Entscheidend ist, man schließt diese Ausbildung ab um einen guten Arbeitsplatz zu finden. Was tun wir? Was brauchen diese jungen Menschen, wenn sie ihre Ausbildung abgeschlossen haben? Einen Arbeitsplatz in tollen Unternehmen. Diese tollen Unternehmen hat die Stadt Wels. Doch wie lange wird sie diese noch haben? Wenn ich hier im Gemeinderat immer höre das Betriebsbaugelände darf nicht weiter ausgebaut werden, es kann nicht alles zugebaut werden usw., dann frage ich mich schon, wo sollen die Arbeitsplätze und auch die Ausbildungsplätze entstehen? Die anderen Regionen, die Umlandgemeinden werden nicht aufhören Unternehmen anzusiedeln. Ich sehe einen Konsens bei SPÖ, FPÖ und ÖVP diese Betriebsbaugelände zu entwickeln. Doch leider muss ich kritisch anmerken, dass das Wort Betriebsbaugelände negativ für manche Fraktionen klingt. Es ist schön, wenn wir die Studenten für die Zeit ihres Studiums und ihrer Ausbildung in Wels haben. Für mich ist es ein Anliegen, dass sie nach ihrer Ausbildung in Wels wohnen, arbeiten, leben und ihre Familie gründen. Die auswärts Studierenden sollten wieder zu ihren Wurzeln finden und nach Wels zurückkehren. Das sollte auch unser Anliegen sein und das müssen wir in Betracht ziehen wenn es darum geht, Wels als Studentenstadt zu etablieren.

Vzbgm. Lehner: Die Wortmeldungen betreffend Studentenstadt kann ich nur unterstreichen. Natürlich löst dieses Projekt nicht die Verkehrsprobleme der Region. Für das Schüler- und Studentenheim wird der Parkplatzbedarf gedeckt. Für weitere Parkplatzthemen in diesem Bereich kann dieses Bauprojekt nicht die Lösung sein. Es ist jedoch ein wichtiger Hinweis für den Bedarf. Das steht aber mit diesem Projekt nicht in Zusammenhang, sondern ist in Wirklichkeit ein Verkehrsthema. Ich bitte um Zustimmung.

Der Antrag zu Punkt 22. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

23.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend
Bebauungsplan Nr. 222/C.1 (Stadtteil: Lichtenegg)
BZ-BauR-6022-2014

Der Antrag (Anlage 35) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 15.06.2015, der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 222/C.1 (Stadtteil: Lichtenegg) beschließen.

Einstimmig angenommen.

24.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend
Bebauungsplan Nr. 324/C.1 (Stadtteil: Vogelweide)
BZ-BauR-6023-2014
BZ-BauR-6003-2015

Der Antrag (Anlage 36) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 15.06.2015, der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 324/C.1 (Stadtteil: Vogelweide) beschließen.

Einstimmig angenommen.

25.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend
Bebauungsplan Nr. 103/1.36 (Stadtteil: Innenstadt)
BZ-BauR-6005-2015

Der Antrag (Anlage 37) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 15.06.2015, der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 103/1.36 (Stadtteil: Innenstadt) beschließen.

Einstimmig angenommen.

26.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend
Bebauungsplan Nr. 408/B.3 (Stadtteil: Neustadt)
BZ-BauR-6010-2015

Der Antrag (Anlage 38) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 15.06.2015, der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 408/B.3 (Stadtteil: Neustadt) beschließen.

GR. Schönberger: Das ist eines jener Projekte, die auch mit dem ÖEK verbunden waren. Natürlich braucht dieser Stadtteil ganz dringend Parkmöglichkeiten für die MitarbeiterInnen der Firma XXLutz. Im Ausschuss sagte ich es sehr deutlich und ersuchte den Verkehrsausschuss noch einmal intensiv darüber nachzudenken, dass es sich dabei um den einzig funktionierenden Radfahrweg handelt, den wir aus der nördlichen Siedlung speziell zu den Schulgebieten in der Wallererstraße haben. Es ist der einzige Radweg, auf dem sie einigermaßen sicher zur Volks- und Hauptschule gelangen können, weil das Radfahren in der Grieskirchner Straße so gut wie nicht mehr möglich ist - zumindest nicht zu den Stoßzeiten.

Und dort genau die Einfahrt über die Wallererstraße zu suchen, finde ich keine gute Lösung. Vielleicht könnte darüber nachgedacht werden in der Römerstraße zuzufahren und in der Simonystraße ausfahren. Es müssen die Autos ja nicht unbedingt an einer Stelle aus- und einfahren. Stadtrat Kroiß wird auf das vorliegende Verkehrsgutachten verweisen. Der Verkehrsgutachter teilte mir mit, dass der Magistrat keine Ausfahrt wünscht und auf der Simonystraße wünscht sich das die Firma XXLutz nicht. Letztendlich haben wir hier die Verantwortung für die Schüler und jene, die diesen Radweg benutzen. Da ca. 300 Personen zu Zeiten, in denen sich Schüler dort mit dem Fahrrad bewegen, aus- und einfahren, würde ich ersuchen nochmals über eine verkehrstechnisch bessere Lösung nachzudenken.

GR. Prof. Mag. Teubl: Dem kann ich mich weitgehend anschließen. Auch von unserer Seite wird begrüßt, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Firma XXLutz jetzt nicht mehr in diesem Viertel auf der Straße parken, sondern dass es eine Parklösung für sie gibt. Aber auch wir haben mit dieser Verkehrslösung größte Bedenken. Das wurde von uns auch in beiden Ausschüssen zur Sprache gebracht. Wir sind immer noch nicht damit zufrieden. Es handelt sich hier um einen zumindest in den Morgenstunden stark – in beiden Richtungen - befahrenen Radweg, unmittelbar vor der Einfahrt der Firma XXLutz. Es wurde ein gewisser Abstand zur Einfahrt eingehalten. Trotzdem halten wir das für eine nicht ungefährliche Situation, wenn am Morgen 300 MitarbeiterInnen einfahren und gleichzeitig SchülerInnen aus Norden in Richtung Süden strömen. Daher ist für uns keine Zustimmung möglich.

StR. Kroiß: Zuerst ein großes Dankeschön an die Firma XXLutz für die Errichtung des Parkhauses, weil dadurch eine wesentliche Erleichterung der Parkplatzsituation eintreffen wird. Zu dieser verkehrsführenden Einfahrt – wie vom Kollegen Karl Schönberger angemerkt – darf ich sagen, dass ich mich auf die Gutachter verlassen können muss. Wenn die Experten das Linkseinbiegen als beste Lösung vorschlagen, kann ich nicht sagen es sei die schlechteste Lösung. Ich denke, diese Lösung des Linkeinbiegens ist die bessere Variante gegenüber der angedachten Lösung über den Kreisverkehr, mit rechts einfahren in die Simonystraße bzw. in die Römerstraße. Das Ganze wird sehr gut funktionieren, da der PKW beim Linkseinfahren in die Parkgarage ausreichend Sicht auf den Radfahrer hat und andererseits der Radfahrer merkt, wenn ein Autofahrer naht. Diese im Ausschuss diskutierte Lösung wurde gut durchdacht. Wenn sie von den Verkehrsexperten als vernünftigste Lösung bezeichnet wird, dann sollten wir das auch so durchführen.

Vzbgm. Lehner: Auch ich sehe diese Verkehrslösung als die günstigste. Auf keinen Fall möchte ich, dass der Verkehr durch die Simonystraße geführt wird. Dabei handelt es sich um eine Wohnsiedlung und dort den Verkehr hereinzuholen ist sicher unnötig. Wichtig sind die für das Parkhaus bereits erstellte Gutachten betreffend Lärm und Licht, um die Anrainer bestmöglich zu schützen. Eine Parkhausbebauung ist sicherlich eine sehr gute Alternative zu dem ursprünglich angedachten Reifenlager.

Der Antrag zu Punkt 26. der Tagesordnung wird mit

28 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ-, ÖVP-Fraktion,
ohne GR. Wildfellner)
gegen 2 Nein-Stimmen (GR. Mag. Mayerhofer + GR. Wildfellner)
und 1 Stimmenthaltung (GR. Prof. Mag. Teubl)

angenommen.

Vzbgm. Dr. Rabl, GR. Baumgartner und GR. Mag. Lehner sind bei der Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

27.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend
den straßenrechtlichen Ordnungsplan Nr. 300/1;
A 8 Anschlussstelle Wels Wimpassing – Erschließung Süd
BZ-BauR-8001-2015

Der Antrag (Anlage 39) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 15.06.2015, der Gemeinderat der Stadt Wels möge die beigefügte Verordnung betreffend den straßenrechtlichen Ordnungsplan Nr. 300/1 – A 8 Anschlussstelle Wels-Wimpassing – Erschließung Süd - beschließen.

StR. Kroiß: Es wird hier noch zu umfangreichen Planungen kommen müssen, weil es eine umfassende Mobilitätsplanung geben wird, wo die Forderungen der Interessensgemeinschaft Wimpassing – Schwerverkehr, Wünsche nach Straßensperren und 30 km/h-Beschränkungen, Thema Lärm und Luft – mitbehandelt werden. Beim Thema Lärm sollten gemeinsam mit dem Land, der ASFINAG und der Stadt Wels die notwendigen Maßnahmen getroffen werden. Es wird mit dieser Interessensgemeinschaft noch sehr viele Gespräche geben.

Der Antrag zu Punkt 27. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

28.)

Messe Jugend und Beruf; Mietzuschuss;
Verlängerung 2015-2019
FD-Fin-6205-2015

Der Antrag (Anlage 40) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 15.06.2015:

1. Die Stadt Wels gewährt den Veranstaltern der Berufsinformationsmesse Jugend und Beruf am Standort Wels in den Jahren 2015 bis 2019 nach Maßgabe der verfügbaren Mittel einen jährlichen Mietzuschuss von 50 % der Platzmiete.
2. Voraussetzung ist, dass die genannte Veranstaltung am Welser Messegelände durchgeführt wird, ein entsprechendes Ansuchen seitens der Wirtschaftskammer OÖ und eine diesbezüglich zugrunde liegende schriftliche Vereinbarung vorgelegt werden und ein Verwendungsnachweis gelegt wird.
3. Nachträgliche Änderungen, beispielsweise die Form der Rechtspersönlichkeit betreffend, sind in diesen Beschluss miteingeschlossen, sofern sie im Einklang mit den Bestimmungen der Subventionsordnung der Stadt Wels stehen.

GR. Josseck-Herdt: Es ist auch den Freiheitlichen sehr wichtig, dass diese Messe weiterhin in Wels bleibt. Dabei handelt es sich doch um die größte Berufsorientierungsmesse Österreichs. Es wird den Jugendlichen ein phänomenales Angebot von ca. 200 Ausstellern, wie Fachhochschulen, Universitäten, berufsbildende Schulen und Lehrwerkstätten etc. geboten. Die Jugendlichen kommen teilweise von weit her. Das Interesse ist sehr groß.

Wir wünschen uns alle, dass die Jugendlichen bei dieser Messe gut informiert werden. Wenn einige Besucherinnen mit vorgefasstem Berufswunsch, wie Friseurin, Verkäuferin oder Bürokauffrau, dann mit einem ganz anderen Blickwinkel auf die Möglichkeiten der Berufswahl nach Hause fahren, ist sehr viel getan.

GR. Reindl-Schwaighofer: Sollte es die Messe Jugend und Beruf nicht geben, müsste sie neu erfunden werden. Für die Jugendlichen in einem Alter, in der die Berufsfindung bzw. die -orientierung schwierig ist, ist diese Messe eine hervorragende Sache. Aus ganz Oberösterreich und darüber hinaus stellen die oberösterreichischen Leitbetriebe aus und versuchen junge Menschen für ihre Berufsangebote zu begeistern. Auch die ewwag – ein großer Lehrlingsausbildner - ist immer mit einem großen Stand vertreten. Für sie gibt diese Messe die Möglichkeit Jugendliche für ihre angebotenen Lehrberufe zu informieren.

Dazu gibt es ein Pendant in Wien. Diese orientiert sich aber viel stärker auf die universitäre und universitätsnahe Ausbildung. In Wels sind alle Institutionen, alle Erwachsenenbildungseinrichtungen, alle in Oberösterreich angebotenen Schultypen und die meisten oberösterreichischen Leitbetriebe vertreten. Wirtschaftskammer, Arbeiterkammer und die Interessensvertretungen geben hier gemeinsam die Möglichkeit sich zu entscheiden bzw. Grundlagen für eine Entscheidung zu finden.

Für die Sozialdemokratische Fraktion ist es selbstverständlich betreffend Strategien gegen Arbeitslosigkeit in Wels eigene Initiativen zu setzen. Deshalb unterstützen wir diesen Antrag.

Der Antrag zu Punkt 28. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

29.)

Wels Marketing & Touristik GmbH und Welser Christkind GmbH;
Neugestaltung der Welser Weihnachtswelt und Errichtung
eines Eislaufplatzes am Stadtplatz
FD-BetM-6-2015

Der Antrag (Anlage 41) lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 15.06.2015:

1. Die Stadt Wels gewährt der Wels Marketing & Touristik GmbH als einem für die wirtschaftliche Umwegrentabilität bedeutenden Unternehmen im öffentlichen Interesse für die Investitionen in der Weihnachtsbeleuchtung eine Subvention iHv. 119.750 Euro.
2. Die Stadt Wels gewährt der Welser Christkind GmbH für die Investition im Rahmen der Welser Weihnachtswelt in die Almdorfbühne eine Subvention iHv. 28.000 Euro.
3. Die Stadt Wels gewährt der Welser Christkind GmbH für die Investition in einen Eislaufplatz am Stadtplatz im Rahmen des geplanten Welser Eiszaubers eine Subvention iHv. 52.000 Euro.
4. Der Magistrat der Stadt Wels wird beauftragt für die Punkte 2. und 3. dieses Beschlussantrages eine Fördervereinbarung mit der Welser Christkind GmbH mit den in Punkt 2.2. genannten Bedingungen abzuschließen.

GR. Schönberger: Mit diesem Eislaufplatz entsteht in der Innenstadt ein sehr schönes Projekt, vor allem in einer Zeit, zu der in der Innenstadt nicht sehr viel los sein wird. Ich würde mich freuen, wenn das Stadtmarketing – so wie bei einer Vorstandssitzung beschlossen – für die Stadtteile ähnliche tolle Konzepte ausarbeiten könnte, um auch dort verschiedenen Geschäftsstraßen zu beleben.

Vzbgm. Lehner: Lieber Karl Schönberger, dabei handelt es sich um eine Investition der Welser Christkind GmbH, die wir als Stadt Wels subventionieren und die Wels Marketing & Touristik GmbH stellt hier die Geschäftsführung. Natürlich ist es wichtig, die Stadtteile ebenso zu unterstützen. Deshalb wurden in den letzten Wochen vom Stadtmarketing Blumentröge in den Stadtteilen aufgestellt. Bei deren Eröffnung warst du auch dabei.

Der Antrag zu Punkt 29. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Vzbgm. Wimmer dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Koits.

Berichterstatterin Stadträtin Silvia Huber

30.)

Regionale Sozialplanung Forschungsprojekt „Soziales Wels 2030“
SO-ID-33-2015

Der Antrag (Anlage 42) lautet nach Vorberatung im Sozial-, Gesundheits- und Jugendausschuss am 22.06.2015:

Der Gemeinderat der Stadt Wels möge der FH OÖ Forschungs & Entwicklungs GmbH, Wels, Franz-Fritsch-Straße 11/TOP 3, wie beschrieben auf Basis des Angebotes vom 05.05.2015, mit der Erstellung des Forschungsprojektes „Soziales Wels 2030“ unter einer Auftragssumme von 60.000 Euro exkl. MwSt. beauftragen.

GR. Mag. Mayerhofer: Diese Studie wird von uns begrüßt und unterstützt. Ich erachte es für wichtig uns anzusehen, welche Sozialeinrichtungen wir in der Stadt brauchen. Es gibt uns die Möglichkeit zu prüfen, ob wir eine dialogische Einrichtung in unserer Stadt realisieren können. Eine solche Einrichtung forderten wir heuer bereits im Gemeinderat, wo wir eine Resolution an das Land Oberösterreich verabschiedeten. Ganz wichtig erachte ich stadtteilbezogene Sozialarbeit, deshalb freue ich mich schon auf die Ergebnisse dieses Berichtes.

GR. Josseck-Herdt: Der Ordnung halber möchte ich festhalten, dass wir Freiheitlichen uns in der Ausschusssitzung wunderten, warum bei einem Auftrag von immerhin 60.000 Euro nicht andere Institute befragt wurden, ob sie Interesse hätten, diese Studie zu erstellen. Es bleibt zu hoffen, dass die Fachhochschule eine gute Arbeit leistet.

StR. Huber: Ich danke für die positive Wortmeldung von Kollegin Mag. Mayerhofer. Die Fachhochschule ist ein sehr guter Partner und kostengünstiger durch die Einbindung von Studenten. Auch sind die Kenntnisse der Oberösterreichischen Soziallandschaft gegeben.

Der Antrag zu Punkt 30. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

31.)

Maßnahmenplan zur Erlangung des staatlichen
Gütesiegels „familienfreundliche Gemeinde“ - Grundsatzbeschluss
SO-SHoR-4051-2015

Der Antrag (Anlage 43) lautet nach Vorberatung im Sozial-, Gesundheits- und Jugend-
ausschuss am 22.06.2015:

Der Gemeinderat der Stadt Wels beauftragt den Magistrat der Stadt Wels die Erlangung
des Gütesiegels „familienfreundliche Gemeinde“ zu veranlassen und die angeführten
Maßnahmen nach Maßgabe der budgetären Mitteln umzusetzen und ggf. zur Be-
schlussfassung vorzulegen.

GR. Wartinger: Unter dem Gütesiegel „familienfreundliche Gemeinde“ sehe ich vor allem,
dass sich alle Bürger, egal welcher Herkunft, welches Geschlecht, Alter oder Religion,
sich wohlfühlen und für sich ihre Bedürfnisse in unserer Stadt finden. Maßnahmenvor-
schläge von den jeweiligen Projektgruppen sind vorhanden. Als Familienbundobfrau ist
es für mich wichtig, dass immer die Wahlfreiheit bei den Besuchen der Betreuungsein-
richtungen Vorrang hat.

Bei den Senioren sollen die unterschiedlichen Altersgruppen näher zusammenrücken.
Es gibt bereits jetzt schon Projekte, bei denen Schüler oder Kindergartenkinder Auffüh-
rungen in Senioreneinrichtungen machen und die Scheu gegenüber Älteren abbauen.
Aber auch die alten Menschen in den Heimen fühlen sich dadurch wieder jung und spie-
len gerne mit den Kindern. Bei dem Schlagwort „in sämtlichen Lebensphasen“ ist es in
Zukunft wichtig, die BewohnerInnen immer dazu einzuladen und miteinzubinden. Jedes
Jahr gibt es zahlreiche Neuerungen. Dazu sollen sie ihre Meinung kundtun können.

Wels soll eine lebenswerte Stadt sein, in der alles vorhanden ist und die BürgerInnen
sehr gerne wohnen. Auch die Urlauber sollen sich in Wels wohlfühlen und den Wunsch
haben, immer wieder gerne in unsere schöne Stadt zu kommen. Denn wenn das alles
gegeben ist, sind wir wirklich eine „familienfreundliche Gemeinde“ – egal mit oder ohne
Gütesiegel.

GR. Josseck-Herd: Im vorliegenden Amtsbericht zum Grundsatzbeschluss sind Maß-
nahmen angeführt, die schon längst im Laufen sind. Grundsätzlich sind alle Themen
nachvollziehbar und finden unsere Unterstützung.

StR. Huber: Die Projektgruppe arbeitet schon seit 2014 und deshalb wurden bereits
viele Dinge bewegt. Wels ist eine lebenswerte Stadt und mit diesen Maßnahmen wird
es noch ein bisschen mehr werden.

Der Antrag zu Punkt 31. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

32.)

Verein Freiwilligenzentrum Wels; Abänderung der Vereinbarung
vom 30.06.2014, SO-SH-4043-2014
SO-SHoR-4053-2015

Der Antrag (Anlage 44) lautet nach Vorberatung im Sozial-, Gesundheits- und Jugend-
ausschuss am 22.06.2015:

Der Gemeinderat der Stadt Wels möge die angeführte Vereinbarung zwischen der Stadt
Wels, Stadtplatz 1, und dem Verein Freiwilligenzentrum Wels, Quergasse 1, betreffend
einer Einrichtung zur Vermittlung und Begleitung von Freiwilligenarbeit in Wels in Pkt.
IV. Rechte und Pflichten der Stadt Wels dahingehend abändern, dass der Betrag jähr-
lich maximal 25.000 Euro durch 30.000 Euro ersetzt wird.

GR. Mag. Brenner: Als Vorsitzende des Freiwilligenzentrums konnte ich schon einige
von ihnen bei diversen Festivitäten und Veranstaltungen begrüßen. Ich denke, sie konn-
ten sich alle davon überzeugen, welche wertvolle Arbeit hier von den zahlreichen Frei-
willigen geleistet wird. Die Anzahl der Freiwilligen erhöht sich ständig, deshalb bitte ich
um Zustimmung für die Abänderung der Vereinbarung.

Der Antrag zu Punkt 32. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

33.)

Kinderschutzzentrum TANDEM Wels; Abänderung der Vereinbarung
vom 31.03.2010, SO-JW-12-2010
SO-SHoR-4221-2015

Der Antrag (Anlage 45) lautet nach Vorberatung im Sozial-, Gesundheits- und Jugend-
ausschuss am 22.06.2015:

Der Gemeinderat der Stadt Wels möge die angeführte Vereinbarung zwischen der Stadt
Wels, Stadtplatz 1, und dem Verein Hilfszentrum für junge Menschen, Wels, Dr. Koss-
Straße 2, betreffend der Betreuung des Kinderschutzzentrums Tandem in Pkt. II. –
Förderung – ab dem Jahr 2016 dahingehend abändern, dass der Betrag jährlich maxi-
mal 52.000 Euro durch 65.000 Euro ersetzt wird.

GR. Mag. Lipp: Seitens des Vorstandes und der Vereinsleitung des Kinderschutzzent-
rums Tandem möchte ich mich bedanken für die Abänderung dieser Vereinbarung. Ich
brauche nicht näher erläutern, welche gute und wertvolle Arbeit das Kinderschutzzent-
rum Tandem leistet. Die Kinder und Jugendlichen, die oft ein sehr schweres Los haben,
werden ihnen dankbar sein, wenn sie weiterhin die gute Betreuung in Anspruch nehmen
können.

Der Antrag zu Punkt 33. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

34.)

Generationenwohnen PLUS;
Grundsatzbeschluss
SO-SenB-100000-2015

Der Antrag (Anlage 46) lautet nach Vorberatung im Sozial-, Gesundheits- und Jugend-
ausschuss am 22.06.2015:

- a) Die im Amtsbericht angeführte Weiterentwicklung der stationären Betreuungseinrichtungen für Menschen im Alter wird zur Kenntnis genommen und es werden derzeit keine zusätzlichen klassischen stationären Alten- und Pflegeheime mehr errichtet. Anstelle dessen wird vermehrt auf neue Entwicklungen und vor allem auf Synergieeffekte bestehender Angebote und Einrichtungen Rücksicht genommen.
- b) Der Magistrat der Stadt Wels wird beauftragt die notwendigen Schritte für die Umsetzung des Projektes „Generationenwohnen PLUS“ am Areal des Hauses Linzerstraße vorzubereiten.

GR. Reindl-Schwaighofer: Bedanken möchte ich mich für diese ergriffene Initiative. Wir haben einerseits eine Veränderung der Bevölkerungsstruktur mit zum Teil sehr aktiven Senioren, aber auch mit älteren Menschen, die sehr viel Betreuung benötigen. Andererseits ist Wels mit der Fachhochschule ein Hochschulstandort. Es ist toll dieses Generationenwohnen umzusetzen und in diesem Bereich Akzente zu setzen. Es ist notwendig, dass Personen, die sich dafür interessieren und das auch wollen, in einem großen Bereich mit Rückzugsmöglichkeiten und vielen Gemeinsamkeiten wohnen. In diesem Haus soll eine Kinderbetreuung durchgeführt werden und ältere Menschen sowie Studenten gemeinsam leben. Danke für diese Initiative – natürlich wird diese von der SPÖ-Fraktion unterstützt.

GR. Josseck-Herdt: Auch wir können uns mit diesem ambitionierten Projekt anfreunden. Ich kann mir vorstellen, dass es sehr viele einsame alte Menschen gibt, die gerade in so einer Wohnform aufblühen werden. Beispielsweise denke ich da an Feiern mit kleinen Kindern im Altenheim, wo jedem Bewohner das Herz aufgeht.

Der vorliegende umfangreiche Amtsbericht ist sehr informativ auch für jene, die sich sonst nicht so mit Seniorenbetreuung auseinandersetzen. Wir werden in Zukunft genügend sehr schöne Heimplätze haben, wie das Heim in der Laahen, in der Noitzmühle und in der Hans-Sachs-Straße. Über allem Neuen, Tollen und Innovativen darf nicht vergessen werden, dass auch schon länger bestehende Heime gepflegt werden müssen, damit das Verbleiben im Heim angenehmer wird, wie beispielsweise das Alten- und Pflegeheim Neustadt. Dazu wäre es manchmal nötig etwas Betriebsblindheit abzubauen und auf Sauberkeit und Effizienz mehr Wert zu legen. Das ist mein Wunsch in diesem Zusammenhang.

GR. LAbg. Dr. Csar: Unsere Gesellschaft und unsere Lebensformen haben sich geändert. Der Beruf der Altenpflege und die Pflege selbst haben sich geändert. Daher muss überlegt werden, welchen Notwendigkeiten es bei der Pflege gibt. Wie kann unser soziales Miteinander neu gestaltet werden? Früher verbrachten mehrere Generationen auf einem Bauernhof das Leben miteinander und unterstützten sich gegenseitig. So ähnlich, wie in diesem neuen Projekt, das in Wels etabliert werden soll. Ein guter, vernünftiger Ansatz. Es ist schön, dies in Wels machen zu können und ich möchte Danke sagen und dir gratulieren, liebe Silvia!

StR. Huber: Danke, für diese positiven Worte und für die gute Zusammenarbeit - auch im Sozialausschuss.

Der Antrag zu Punkt 34. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

35.)

Alten- und Pflegeheim Noitzmühle; Vereinbarung betreffend Einräumung des Bestandrechtes, abgeschlossen zwischen der Gemeinnützigen Welser Heimstättengenossenschaft und der Stadt Wels für das Haus Noitzmühle in Wels, Föhrenstraße 17
SO-SenBNO-180.000-2015

Der Antrag (Anlage 47) lautet nach Vorberatung im Sozial-, Gesundheits- und Jugendausschuss am 22.06.2015:

Die beigefügte Vereinbarung zwischen der Gemeinnützigen Welser Heimstättengenossenschaft eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung, Wels, Laahener Straße 21a, und der Stadt Wels, Stadtplatz 1, betreffend der Einräumung des Bestandrechtes für das Alten- und Pflegeheim Noitzmühle, Wels, Föhrenstraße 17, wird genehmigt.

Einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung und teilt mit, dass sich zu Tagesordnungspunkt 36. Vzbgm. Dr. Rabl für befangen erklärt.

Berichterstatter Stadtrat Gerhard Kroiß

36.)

Friedhof Wels; Auftragsvergabe der Pflasterarbeiten an die Firma Felbermayr Bau GmbH & Co KG, Wels
SB-FH-1-2015

Der Antrag (Anlage 48) lautet nach Vorberatung im Umwelt-, Energie- und Abfallwirtschaftsausschuss am 23.06.2015:

1. Die Pflasterarbeiten für die Wasserentnahmestelle beim Friedhof Wels, Friedhofstraße 67, werden zu den Bedingungen und Preisen des Angebotes vom 28.05.2015 und der Niederschrift vom 29.05.2015 um den Bruttobetrag in Höhe von 260.303,77 Euro an die Firma Felbermayr Bau GmbH & Co KG, Wels, Machstraße Nr. 7, vergeben.
2. Die mittelbewirtschaftende Dienststelle wird ermächtigt die vorangeführte Auftragssumme um 10 % für Unvorhergesehenes im Bedarfsfalle zu überschreiten.

GR. Marehard: Uns wurden im Ausschuss die neuen schönen Brunnen- und Pflastersteine vorgestellt, die das Gesamtbild des Friedhofs sehr aufwerten. Vor allem befinden sich darunter auch ein paar winterfeste Brunnen, die dadurch ganzjährig geöffnet sein werden. Auch werden die Arbeiten noch vor Allerheiligen fertiggestellt. Stadträtin Raggl-Mühlberger ist ein guter Auftakt zur Einleitung der Sanierung des Friedhofes gelungen.

Der Antrag zu Punkt 36. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

37.)

Autobahnanschlussstelle A 8 Wels – Wimpassing;
geänderte Absichtserklärung, Beschlussfassung
BauD-401-2007

Der Antrag (Anlage 49) lautet nach Vorberatung im Verkehrs- und Straßenbauausschuss am 18.06.2015:

Die Aufhebung der Absichtserklärung vom 15.12.2011 und der Abschluss der geänderten Absichtserklärung vom 15.06.2015 betreffend den Zuschuss zur Errichtung der Anschlussstelle Wels-Wimpassing an der A8 Innkreisautobahn in der Höhe von 3,258.000 Euro, zuzüglich 20 % Mehrwertsteuer, das sind 651.600 Euro somit gesamt 3,909.600 Euro zwischen der Stadt Wels, Stadtplatz 1, und der Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungs-Aktiengesellschaft, 1011 Wien, Rotenturmstraße 5-9, vertreten durch die ASFINAG Service GmbH, 4052 Ansfelden, Traunuferstraße 9, wird genehmigt.

GR. Pernkopf: Diese abgeänderte Form der Trassenführung stellt die richtige und möglichst schonendste für die angrenzende Siedlung dar. Durch die Benützung der ASFINAG-Brücke kann der Schwerverkehr von dieser Siedlung besser weggerückt werden und eine Durchfahrmöglichkeit ist nicht mehr gegeben. Wenn man alles einbezieht, was noch möglich sein kann, wird es ein gutes Projekt für die Zukunft sein.

Der Antrag zu Punkt 26. der Tagesordnung wird mit

gegen 27 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- + ÖVP-Fraktion)
2 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

Vzbgm. Wimmer, GR. Ganzert, GR. Wildfellner, GR. Mag. Brenner-Nerat und GR. Mag. Lehner sind bei der Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Mag. Günter Lehner nimmt ab 16.15 an der Sitzung teil.

Berichterstatter Stadtrat Walter Zaunmüller

38.)

Entwicklungskonzept „Kinderbetreuung in der Stadt Wels 2015-2020“
Grundsatzbeschluss
KI-KiV-505-2015

Der Antrag (Anlage 50) lautet nach Vorberatung im Generationen-, Bildungs- und Kulturausschuss am 22.06.2015:

Die im Amtsbericht angeführten Maßnahmen betreffend Ausbau und Erweiterung der Kinderbetreuung und Kleinstkinderbetreuung in der Stadt Wels werden zur Kenntnis genommen. Der Magistrat der Stadt Wels wird beauftragt die notwendigen Schritte zur Umsetzung und Sicherstellung des angeführten Ausbaues der Kinderbetreuung und Kleinstkinderbetreuung in der Stadt Wels in die Wege zu leiten.

Bgm. Dr. Koits: Danke für die präzise Formulierung und die rasche Erstellung. Ich konnte die Arbeit mitverfolgen - es war nicht leicht. Daher auch von meiner Seite herzlichen Dank!

GR. Josseck-Herdt: Auch die Freiheitliche Fraktion möchte sich bei den Damen der Kindergartenverwaltung sehr herzlich bedanken. Es war ein großes Stück Arbeit – das ist uns bewusst -, stellt aber für uns eine gute Arbeitsgrundlage dar. In der letzten Legislaturperiode hatte gerade die Kindergartenverwaltung einen gewaltigen Arbeitsdruck. Begonnen hat es mit der Einführung des Gratiskindergartens, die Abrechnungsmethodik wurde eine ganz andere und viele zusätzliche Anforderungen kamen dazu. Herzliche Gratulation zu dieser vorliegenden Broschüre und zur Bewältigung der Arbeit. Wir werden uns die Daten alle zu Gemüte führen bzw. machten wir das schon in unserem heutigen Dringlichkeitsantrag. Dieser soll die Not in den Kleinstkinderbetreuungseinrich-

tungen lindern. Wir nehmen dieses Entwicklungskonzept sehr ernst und hoffen auf einen guten Weg zu sein.

GR. Prof. Mag. Teubl: Dieses Konzept ist sehr beeindruckend und auch sehr aufschlussreich. Da ich mich damit nicht ständig beschäftige, interessierte mich vor allem welcher Bedarf in der nächsten Zeit besteht. Sehr aufschlussreich waren die Zahlen im Krabbel- und Kindergartenbereich. Wenn bei den Kindergärten 244 Kinder und bei den Krabbelstuben 377 auf der Warteliste stehen und wir nur einen Bruchteil der Betreuungsnotwendigkeit erbringen können, dann frage ich mich, warum dieser Fehlbestand erst jetzt auffiel? Wurde eine solche Bedarfserhebung noch nie gemacht? Wenn ja, warum nicht? Diese Erhebung stellt nicht gerade eine Erfolgsgeschichte für den zuständigen Referenten dar, wenn festgestellt werden muss, dass die Stadt Wels Betreuungseinrichtungen nicht im erforderlichen Ausmaß bereitstellt.

Es muss eigentlich gefordert werden, dass es ein Recht auf Kinderbetreuung gibt. Dass es nicht darauf ankommt, wann man sein Kind angemeldet hat – am besten in der zweiten Schwangerschaftswoche. Es soll normal sein, sein Kind in einer Krabbelstube oder in einem Kindergarten unterzubringen. Wir haben zwölf städtische und zehn private Kindergärten, aber nur vier städtische Krabbelstuben und zwölf private. Mir stößt diese zunehmende Privatisierung der Kinderbetreuungseinrichtungen auf. Ich denke, Kinderbetreuung ist eine öffentliche Aufgabe. Kindergärten sind sogar eine Bildungseinrichtung und Bildung ist erst recht eine öffentliche Aufgabe. Da muss es doch möglich sein, dass die Stadt Wels als Stadt diese Betreuungsmöglichkeiten zur Verfügung stellt und dass wir nicht angewiesen sind auf private Initiativen. Mich stört auch, dass diese privaten Initiativen dann natürlich alle mit einer politischen Farbe verbunden sind. So wie es mich stört bei einer Autopanne mich zu entscheiden, ob ich mich schwarz oder rot abschleppen lasse oder ob ich schwarz oder rot Tennis spiele.

Das sollten wir nicht nötig haben, deshalb wünsche ich mir, dass die Stadt als Stadt diese Einrichtungen führt und wir wegkommen von dieser Subventionierung verschiedenster Einrichtungen, die natürlich sehr verdienstvolle Arbeit leisten, aber doch als private Alternative zu den öffentlichen Betreuungseinrichtungen nur die zweite Wahl sind.

GR. Hoflehner: Ich möchte diese Thematik aus der Seite der Betroffenen sehen. Sehr froh bin ich über die Beteiligung der Eltern, die stellvertretend für ihre Kinder antworteten und sich inhaltlich massiv und deutlich äußerten. Das wird der wesentliche Auftrag für die Arbeitsperiode des kommenden Gemeinderates ab Herbst sein. In diesem Konzept wurden ja die wirklichen Bedürfnisse der Eltern und Kinder niedergelegt, basierend auf den rechtlichen Ist-Zuständen in der Stadt Wels. Für Insider kommt es nicht überraschend, dass im Bereich der Kleinstkinder- bzw. der Kinderbetreuung nicht erst seit gestern oder vorgestern ein Bedarf besteht. Wir sprechen schon über Jahre darüber. Erinnern darf ich an die AK-Studie etc.

Dieses Konzept ist tatsächlich etwas Parteiübergreifendes ohne parteipolitischen Hintergrund, wo Eltern sich äußern, wie sie die Betreuungszukunft ihrer Kinder sehen. Das sollten wir sehr ernst nehmen. Nicht angeführt ist hier die Nachmittagsbetreuung in den Schulen. Ich möchte dem neuen Gemeinderat ans Herz legen, sich mit der Nachmittagsbetreuung in den Schulen und Horten und sich mit dem Gedanken einer Verbindung beider Betreuungseinrichtungen – nicht nur entweder oder – auseinanderzusetzen. Mein Lob der SPÖ-Fraktion gilt nicht nur den beteiligten Eltern, sondern auch den

Kolleginnen und Kollegen, die dieses Werk schufen. Es wurden ja nicht nur ein Ist- und Sollzustand beschrieben, sondern auch Maßnahmen.

Ein Meilenstein, lieber Walter, ja, aber es muss noch ein zweiter Meilenstein kommen. Wenn dieser Stein alleine liegen bleibt, dann wird es ein einsamer Stein bleiben.

GR. LAbg. Dr. Csar: Ich möchte zuerst auf die Stellungnahme vom Kollegen Teubl eingehen, denn dieser hat sich heute zum Ziel gemacht, alles krank zu jammern und alles schlecht zu sehen. Hier wird versucht politisches Kleingeld zu machen, man merkt die Vorwahlzeit. Das schadet auch maßgeblich der Politik und dazu haben sie, Herr Mag. Teubl, jetzt beigetragen. Ich danke allen, die so konstruktiv daran arbeiteten. Solche Umfragen sind nötig und sie wurden sinnvoll und zweckmäßig durchgeführt. Warum wurden diese Umfragen jetzt gemacht und warum überhaupt? Diese Fragen wundern mich, Herr Teubl! Es ist wichtig auch jetzt in dieser Periode noch Maßnahmen zu setzen und wir sind alle fähig und bereit etwas zu verbessern.

Ich finde es bemerkenswert verzweifelt, wenn jetzt versucht wird die Kindergärten, insbesondere die privaten Vereine ins parteipolitische Eck abzuschieben und deren Arbeit madig zu machen. Das haben sich diese Vereine nicht verdient und da müssen wir die schützende Hand über sie halten. Seien wir froh sie zu haben, denn es wird dort eine gute Arbeit geleistet. Ein Dank an die PädagogInnen, die sich tagtäglich für die Zukunft unserer Kinder engagieren. Ich danke allen für ihre Arbeit in den Ausschüssen und ich danke auch unserem zuständigen Referenten, der es schaffte, rechtzeitig vor Abschluss der Periode noch ein Werk vorzulegen, damit wir gemeinsam die Zukunft gestalten können.

Vzbgm. Dr. Rabl: Der gegenständliche Bericht gibt uns drei Zahlen, die es wert sind auch heute gesagt zu werden. Wir haben eine Warteliste von 277 Kindern für einen Krabbelstubenplatz, 135 Kinder für einen Kindergartenplatz und 47 Kinder für einen Hortplatz. Insgesamt sind das 460 Kinder. Die Eltern benötigen derartige Kinderbetreuungseinrichtungen dringend, um die Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Kinder zu ermöglichen. Deshalb ist es ein verständlicher Wunsch dieser Eltern, dass die Stadt Wels tätig wird. Natürlich wird es Aufgabe der Stadt sein, in den nächsten sechs Jahren an diesem Thema intensiv zu arbeiten. Es müssten hier in etwa 23 Gruppen neu geschaffen werden, um den Bedarf tatsächlich abzudecken. Eine Gruppe kostet ca. 350.000 Euro. Das ist ein Investitionsvolumen von ca. 8 Mio. Euro, welches dafür in den nächsten sechs Jahren – oder noch länger – benötigt wird. Eine unglaubliche Kraftanstrengung wenn man sich überlegt, welche freie Finanzspritze wir tatsächlich haben, um derartige Einrichtungen umzusetzen und zu errichten.

Ich möchte eine Bitte an das Land Oberösterreich richten. Es gibt diese sogenannte § 15a-Erklärung, wo der Bund entsprechende Mittel zur Verfügung gestellt hat, nämlich 100 Mio. Euro, die für Kinderbetreuungseinrichtungen zur Verfügung stehen sollen. Und seit der Bund das machte, streicht das Land die Mittel für die Errichtung von Kindergärten und es gibt keine zusätzlichen Landesmittel neben diesen Bundesmitteln. Das sehen wir als Rückschritt und wir würden uns wünschen, dass das Land wieder eine entsprechende Beteiligung zusagt, so wie früher mit 1/3 Bundes-, 1/3 Landes- und 1/3 Stadtfiananzierung. Dieser Modus war zielführend und es konnte gesehen werden, wie jeder seinen Anteil dazu beitrug, um die Kinderbetreuung auf den Stand zu bringen, wie wir uns das alle erwarten. Leider ist das zur Zeit im Verhältnis 60 % die Stadt und 40 % das Land bzw. eben diese Bundesmittel. Das ist ein Schlüssel, der sehr stark die finanzielle

Leistungsfähigkeit von Kommunen angreift. Es sollte hier eingewirkt werden, damit das Land zur ursprünglichen Kofinanzierung zurückfindet.

Im Ergebnis ist das Ziel ziemlich klar – wir brauchen diese Kinderbetreuungsplätze. Wir fassen heute auch noch einen Grundsatzbeschluss für weitere Gruppen. Gott sei Dank, denn das ist ein erster Schritt. Oberstes Ziel muss sein, nicht nur die Kinder optimal zu betreuen, sondern auch den Eltern die Möglichkeit zu geben, Familie und Beruf zu vereinen. Das stellt die Lebensqualität einer Stadt dar.

GR. Weidinger: Vielen Dank der zuständigen Abteilung. Ich las mir das Konzept am Wochenende durch – eine wirklich tolle Arbeit. Es stellt für mich ein Regiebuch dar, wie in der nächsten Legislaturperiode damit umgegangen werden soll. Wir würden uns wünschen sämtlichen Inhalt auch umzusetzen. Ich freue mich über die Rücklaufquote von 42,23 %, denn diese sagt wirklich etwas aus. An dieser Stelle möchte ich mich auch bei den Eltern bedanken.

Wichtig ist zu erkennen, wo die Bevölkerungsdichte vorherrscht und in welchen Stadtteilen wir aufgrund des Bedarfes nachjustieren, etwas erneuern müssen oder einen Neubau brauchen. An erster Stelle steht die Pernau. Uns muss klar sein - hier muss etwas getan werden. Die großen Fraktionen werden dies auch umsetzen, denn von den GRÜNEN können wir uns ja nichts erwarten.

Wir müssen Kindergärten neu bauen, Horte sanieren etc. Es kommt also eine Menge Arbeit auf uns zu. Kollege Dr. Rabl spricht von 8 Mio. Euro, die wir in die Hand nehmen müssen. Diese Zahl wird möglicherweise nicht stimmen, weil wir auch bei den Schulen etwas tun müssen. Es wäre wichtig für den nächsten Gemeinderat sich zusammenzusetzen und Schritt für Schritt die Dinge abzuarbeiten. Wir müssen Geld in die Hand nehmen, um frühestmöglich mit der Bildung unserer Kinder zu beginnen. Bedanken möchte ich mich bei allen privaten Betreibern, die absolute Top-Arbeit leisten. Ich habe noch nie gesehen, dass hier politisiert wird. Woher haben sie die Idee, die Kinder werden abgeholt und dann wird ihnen Werbematerial der verschiedenen Parteien in die Hand gedrückt, Herr Mag. Teubl? Ich erlebe nur, die Kinder verbringen gerne ihre Zeit dort und vielleicht wäre es an der Zeit, dass sich auch die GRÜNEN etwas überlegen und pädagogisch wertvolle Arbeit leisten.

StR. Zaunmüller: Dr. Rabl hat sicher Recht, wenn er sagt, Kinderbetreuung und Kleinstkinderbetreuung kosten sehr viel Geld. Es ist sicher die Herausforderung des nächsten Gemeinderates für die nötige budgetäre Bedeckung zu sorgen. Meiner Meinung nach ist jeder Euro, jeder Cent, den wir in die wichtigsten Menschen in unserem Leben investieren – in unserer Kinder und Kindeskindern – ein ausgezeichnet ausgegebener und ein sinnvoll verwendeter Euro. Die demografische Entwicklung verbunden mit den Erfordernissen in der Betreuung gibt uns einfach vor, dass die Eltern immer früher zurück in den Arbeitsprozess gehen müssen. Das erfordert eine entsprechende gute Betreuung der Kinder. Ja selbstverständlich, das werden wir angehen!

Lieber Klaus Hoflehner, es ist ein ausgezeichnete erster Schritt. Wenn es mir an liegt, werden wir noch viele richtige Schritte in diese Richtung in den nächsten sechs Jahren beschreiten. Dank an Frau Josseck-Herdts für die Zustimmung.

Herr Mag. Teubl, ich habe sie gehört, aber ich habe sie nicht verstanden. Zu monieren, dass dieses Konzept schon viel früher hätte passieren müssen, halte ich für sehr pein-

lich. Denn sie hätten jederzeit auf die gute Idee kommen können, dieses Konzept in eigener Verantwortung erstellen lassen zu können. Jetzt zu sagen, es ist schon viel zu spät, ist ihre übliche Argumentationslinie, die ich wirklich sehr bedauere. Zur Säumigkeit des Referenten merke ich an, dass ich seit zweieinhalb Jahren die Verantwortung für dieses Referat trage. Wir sprachen heute schon über den Meilenstein „Schulen Stadtmitte“ und in dieser Zeit haben wir einen zweiten Meilenstein in Form dieses Entwicklungskonzeptes. Ich übernehme sehr gerne für diese kurze Zeit die Verantwortung für diese beiden Meilensteine.

Mir ist es völlig egal, ob ein Kindergarten- oder Kleinstkindergartenbetreiber Abenteuer Familie, Hilfswerk oder Kinderfreunde heißt. Denn Tatsache ist, wir haben hier ein zu geringes Angebot. Daher ist hier jeder herzlich willkommen, weil es sich dabei um professionelle Betreuungseinrichtungen handelt, die versuchen den Bedarf der Stadt Wels abzudecken und mit uns mitarbeiten. Die Qualität all dieser ist in der Regel eine ausgezeichnete. Ich lade auch die GRÜNE-Fraktion ein eine Kindergarteninstitution ins Leben zu rufen, denn dann wissen sie erst wirklich was es bedeutet einen Kindergarten zu betreiben. Ich ersuche um Abstimmung.

Bgm. Dr. Koits: Im Grunde sind sich alle Gemeinderäte einig, dass es sich dabei um einen richtigen Schritt handelt, aber der nächste muss dann folgen. Ich gebe Dr. Rabl Recht und unterstütze sein Ansinnen, denn es bedarf hier Finanzierungsgespräche mit dem Land Oberösterreich nicht nur im Bereich der Kleinstkinderbetreuung sondern auch im Schulbereich. Nochmals herzlichen Dank an alle Mitwirkenden dieses Konzeptes. Es handelt sich um ein sehr positives Papier - so sollten wir es auch sehen. Wir brauchen sowohl städtische wie auch private Einrichtungen.

Der Antrag zu Punkt 38. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

39.)

Volksschule 2 und Neue Mittelschule 1 Wels-Stadtmitte;
Zubauten, Umbauten im Bestand und Neubau einer Doppelturnhalle;
Grundsatzbeschluss – Erweiterung
SF-Schu-126-2011

Der Antrag (Anlage 51) lautet nach Vorberatung im Generationen-, Bildungs- und Kulturausschuss am 22.06.2015:

1. Der Zubau bei den Schulen Stadtmitte sowie der Neubau einer Doppelturnhalle mit den erforderlichen Nebenräumen mit einem voraussichtlichen Kostenaufwand von 7,212.556,33 Euro inkl. USt. durch die Holding Wels Immobilien GmbH & Co KG werden grundsätzlich genehmigt.
2. Der Umbau im Bestand der Schulen Stadtmitte mit einem voraussichtlichen Kostenaufwand von 1,582.850 Euro exkl. USt. durch die Holding Wels Immobilien GmbH & Co KG wird grundsätzlich genehmigt.

3. Der Ankauf der Einrichtung für die o.a. Bauprojekte mit einem voraussichtlichen Kostenaufwand von 599.280 Euro inkl. USt. durch die Stadt Wels wird grundsätzlich genehmigt.

GR. Hoflehner: Ich finde es fantastisch, was diese Schulen mit einer Beharrlichkeit über einen längeren Zeitraum hinweg schafften und schätze es, wie sie dem Finanz- und auch dem Schulreferenten ihre Argumente darlegten. So kann heute dieser gute Kompromiss – beide Seiten bekamen nicht ganz das, was sie wollten – beschlossen werden, wenn beharrlich in einer wirklich schwierigen räumlichen Situation in der Schule Innenstadt die Bedürfnisse der Kinder ernst genommen werden und sich die Verantwortlichen der Stadt Wels mit einer hohen Summe Geld bemühen Voraussetzungen für viele Jahre zu schaffen. Großes Lob spreche ich den Direktorinnen und LehrerkollegInnen beider Schulen sowie den Elternvertretern und den politischen Vertretern aus. Hier ist wirklich ein Meilenstein geschaffen worden.

StR. Zaunmüller: Danke für diese wohlwollenden Worte Kollege Hoflehner. Ich bitte um Abstimmung.

Der Antrag zu Punkt 39. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

40.)

Einsatz von Stützkräften im Rahmen der Nachmittagsbetreuung
in den Welser Pflichtschulen
KI-Schu-122-2015

Der Antrag (Anlage 52) lautet nach Vorberatung im Generationen-, Bildungs- und Kulturausschuss am 22.06.2015:

Das Zentrum Spattstraße wird mit der Betreuung von beeinträchtigten Kindern im Rahmen der Nachmittagsbetreuung in den Welser Pflichtschulen beauftragt.

Der Antrag zu Punkt 39. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter GR. Prof. Mag. Walter Teubl

41.)

Initiativantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion
betreffend Carsharing
DI-Verf-169-2015

GR. Prof. Mag. Teubl: In unserem Antrag geht es um Carsharing - eine Möglichkeit ein Auto zu nutzen, die es in Wels noch nicht gibt. Immer mehr Menschen wollen nicht unbedingt selbst ein Auto besitzen, aber sehr wohl ein Auto zur Verfügung haben, wenn sie es brauchen. „Auto benutzen statt besitzen“ - das ist doch eine gute Idee, die wir unterstützen sollten. Dieser Trend ist inzwischen in ganz Österreich zu bemerken. In den Großstätten, wie Wien, haben schon längst kommerzielle Anbieter dafür Sorge getragen, dass hier ein entsprechendes Angebot existiert. Aber auch in kleineren Gemeinden, wie im Welser Umland, sind solche Carsharing-Initiativen erfolgreich unterwegs.

Wels ist diesbezüglich aber noch ein weißer Fleck auf der Landkarte. Wir beantragen daher heute einmal, dass geprüft wird, welche Maßnahmen die Stadt setzen kann, um in Wels ein Carsharing-Angebot auf der Basis von Elektroautos zu etablieren. Es gibt viele gute Gründe für Carsharing. Modernes Carsharing liefert die Infrastruktur für eine nachhaltige Mobilität. Durch ein Carsharing-Auto werden 6 bis 10 Privatautos ersetzt. Wer Carsharing in Anspruch nimmt hat ein völlig anderes Mobilitätsverhalten, bewältigt Kurzstrecken viel öfter zu Fuß, fährt mehr mit dem Fahrrad oder mit dem Bus. Durch Carsharing werden einerseits Ressourcen geschont, weil wir weniger Autos und Parkplätze brauchen etc., und andererseits werden die AnwenderInnen zu einem verantwortungsvollen Umgang mit den verschiedensten Formen der Mobilität veranlasst.

Weil CarsharerInnen im Vergleich zu normalen AutobesitzerInnen etwa 40 % weniger mit dem Auto unterwegs sind, kaufen sie auch wieder mehr vor Ort ein. Das spart Wege und kommt der örtlichen Wirtschaft zu gute. Und es macht letztlich die Stadt attraktiver. Carsharing wäre obendrein ein Beitrag zur Umsetzung des Energiesparkonzeptes der Stadt Wels. Der Verkehr ist nach wie vor das Problemkind Nr. 1 bei allen Bemühungen, die mit der Energiewende im Zusammenhang stehen. Wie kann man sich die Umsetzung vorstellen? Hier sind viel verschiedene Modelle möglich und inzwischen erprobt. Beispiele gibt es im In- wie im Ausland. Dort können wir diese Modelle studieren und auf ihre Anwendbarkeit in unserer Stadt überprüfen. Teilweise treten die Gemeinden selbst oder ihre Stadtwerke als Anbieter auf und teilweise werden Vereine oder kommerzielle Anbieter gefördert, damit sie sich in der Stadt etablieren können.

Die neueste Variante ist, Wohnungsgenossenschaften stellen für ihre MieterInnen ein Carsharing-Angebot zur Verfügung. Auch das könnte meiner Meinung nach für Wels ein interessanter Zugang sein. Welches dieser Modelle für unsere Stadt am geeignetsten ist, soll eine fachliche Überprüfung der Varianten ergeben. Aber dass eine Art von Förderung der Carsharing-Idee auch in Wels notwendig ist, einer Stadt, die sich die Energiewende auf die Fahne geheftet hat, ist unabdingbar. Deshalb ersuche ich um Zustimmung für diesen Antrag.

GR. Mag. Parzmayr: Es gibt sehr viele Möglichkeiten zur Durchführung. Der Initiativantrag ist etwas zu unausgereift, daher stelle ich den Antrag zur Geschäftsordnung auf Zuweisung in den zuständigen Ausschuss.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Mag. Parzmayr auf Zuweisung gegenständlichen Initiativantrages (Anlage 53) an den Verkehrs- und Straßenbauausschuss wird mit

27 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- + ÖVP-Fraktion)
gegen 2 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

GR. Ganzert, GR. Hoflehner, GR. Mag. Humer, GR. Lindlbauer und GR. Weidinger sind bei der Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht im Sitzungssaal anwesend.

Bgm. Dr. Koits: Ich gebe dem Kollegen Mag. Teubl Recht, es soll hier mit Intensität gearbeitet werden, weil es durchaus gute Modelle gibt, die auch für unsere Stadt geeignet sind.

42.)

Initiativantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion
betreffend Radwegmarkierungen
DI-Verf-171-2015

Bgm. Dr. Koits: Zu diesem Tagesordnungspunkt gibt es einen Abänderungsantrag der FPÖ-Fraktion der lautet:

„Zum Antrag der Fraktion „Die GRÜNEN“ „RADWEGMARKIERUNGEN“ soll der Antrag, wie folgt ltd.

Die Markierungen der Radwege der Stadt Wels sind unverzüglich zu erneuern und im Hinblick auf eine klare Verkehrsführung für die RadfahrerInnen zu ergänzen.

und wie folgt abgeändert werden:

Die Markierungen der Radwege der Stadt Wels sind **je nach Sichtbarkeit und budgetärer Möglichkeiten zu erneuern** und im Hinblick auf eine klare Verkehrsführung für die RadfahrerInnen zu ergänzen.“

Bitte diesen Antrag in die Diskussion einbeziehen.

GR. Prof. Mag. Teubl: Ich möchte ihnen aber auch den Antrag selbst zu Gehör bringen, der lautet: Die Markierungen der Radwege der Stadt Wels sind unverzüglich zu erneuern und im Hinblick auf eine klare Verkehrsführung für die RadfahrerInnen zu ergänzen. Diesen Antrag brachten wir vor zwei Jahren wortident schon einmal ein. Auch damals wurde ein sehr ähnlicher Abänderungsantrag eingebracht und wir haben uns auf diesen Abänderungsantrag eingelassen. Das Ergebnis war, dass nicht wahnsinnig viel passier-

te. Es wurden einige Markierungen bei Übergängen erneuert, aber im Großen und Ganzen ist nichts passiert.

Inzwischen hat sich in diesen zwei Jahren doch viel getan. Das heißt, es verflüchtigen sich im wahrsten Sinn des Wortes weitere Markierung. Wir haben es für müßig gesehen, hier und heute diesen Antrag noch einmal einzubringen. Ich bin deshalb sehr dafür, diesem Abänderungsantrag nicht zuzustimmen, weil genau dieser die Umsetzung verhindert. Ich bin dafür, dass bei der nächsten Budgeterstellung die Mittel dem Bedarf angepasst werden und nicht der Bedarf den Budgetmitteln. Wir brauchen für die Sicherheit der Radfahrer in unserer Stadt einfach vernünftige Markierungen. Diesem Antrag scheint es ja etwas besser zu gehen, als dem Antrag vor zwei Jahren. Tatsächlich habe ich nämlich schon Verbesserungen entdeckt. Wir brachten diesen Antrag am 15. Mai ein. Letzte Woche postete ich auf meiner Facebook-Seite ein Video, wo man den Mehrzweckstreifen auf der Maria-Theresia-Straße eben gerade nicht sieht. Heute sah ich, dass dieser Mehrzweckstreifen in voller Pracht leuchtet. Dafür möchte ich Danke sagen und hoffe, es geht auch bei den anderen Radwegen so rasch weiter.

Ich möchte meinen, dass dieser Antrag Sinn hat, aber ich möchte diese Beschränkung auf die Budgetmittel nicht. Es muss uns das wert sein, dass die Sicherheitsüberlegungen Vorrang haben und dass die Markierungen vollständig erneuert werden, damit wir uns wieder beim Rad fahren in Wels sicher fühlen können. Ich ersuche sie daher um Zustimmung zum Antrag und um Ablehnung des Zusatzantrages.

StR. Kroiß: Ich ersuche darum, diesen Abänderungsantrag anzunehmen. Sonst wäre es ein Schildbürgerstreich, da wir alle Radfahrstreifen neu markieren müssten, ob sichtbar oder nicht. Das würde den budgetären Rahmen sprengen. Nun zu den Bodenmarkierungsarbeiten 2015, die bereits erledigt sind: Schutzwege, Farbmarkierungen auf Kreuzungen, Kreisverkehre, auf Radwegen die Überfahrten, Radwegpfeile, Radwegsymbole und dieser angesprochen Mehrzweckstreifen auf der Maria-Theresia-Straße. Weiters gibt es eine Liste mit geplanten Markierungen und eine Auflistung über Markierungen, die intervallmäßig durchgeführt werden. Es werden nicht jährlich alle Markierungen gleich markiert, weil es den Kostenrahmen sprengen würde und auch nicht wirtschaftlich wäre. Ich ersuche dem Abänderungsantrag zuzustimmen - dann können wir auch dem Hauptantrag zustimmen.

Der Abänderungsantrag (Anlage 54) der FPÖ-Gemeinderatsfraktion wird mit

gegen 28 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- + ÖVP-Fraktion)
2 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

GR. Ganzert, GR. Hoflehner, GR. Mag. Humer, und GR. Lindlbauer sind bei der Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht im Sitzungssaal anwesend.

Der Hauptantrag (Anlage 55) zu Punkt 42. der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Berichterstatterin GR. Mag. Elke Mayerhofer

43.)

Initiativantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion betreffend
Schaffung einer weiteren Freizeitanlage mit Badensee
DI-Verf-170-2015

GR. Mag. Mayerhofer: Dass die GRÜNEN für einen Badensee eintreten ist nichts Neues. Dass andere Fraktionen mittlerweile sich auch für das Thema erwärmen können, freut uns in diesem Zusammenhang. Deshalb entschlossen wir uns im Gemeinderat neuerlich einen Vorstoß zu machen, wobei der Magistrat beauftragt werden soll, die Schaffung einer weiteren Freizeitanlage in unserer Stadt zu prüfen. Außerdem soll geprüft werden, ob sich ein Badensee in dieser Freizeitanlage integrieren lässt bzw. welche Art von Badensee am besten realisierbar ist unter Berücksichtigung von Natur und Mensch. Ein Badensee beinhaltet für uns das Thema Lebensqualität, denn die WelslerInnen sollten mehr Wahlmöglichkeiten haben als das Freibad oder weite Wegstrecken mit dem Auto zurücklegen zu müssen, um an einen der oberösterreichischen Badeseen zu gelangen.

Wir sind eine wachsende Stadt und das bedeutet, dass auch die Naherholungsflächen entsprechend mitwachsen müssen. Aus diesem Grund bitte ich sie um entsprechende Diskussion und anschließende Beschlussfassung dieses Antrages.

GR. Wartinger: Ich sprach diesbezüglich mit dem Gewässerschutz in Linz. So einfach ist das nicht einen Badensee auszuschaufeln und einfach wo hinzuplatzieren. Hier geht es auch um die Wasserqualität. Das Problem hatten wir schon mit dem Baden in der Traun. Hier ist es noch problematischer, denn alle künstlich angelegten Seen brauchen eine bestimmte Vorgabe bzw. einen Beschluss des Landes OÖ.

Aus diesem Grund stelle ich den Antrag zur Geschäftsordnung, diesen Initiativantrag dem zuständigen Ausschuss zur weiteren Beratung zuzuweisen.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Wartinger auf Zuweisung gegenständlichen Initiativantrages (Anlage 56) an den zuständigen Ausschuss wird mit

30 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- + ÖVP-Fraktion)
gegen 2 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

GR. Ganzert und GR. Hoflehner sind bei der Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht im Sitzungssaal anwesend.

Vzbgm. Dr. Rabl: Nachdem jetzt die Dringlichkeitsanträge zur Abstimmung gelangen und die Sitzung immerhin schon vier Stunden dauert, stelle ich den Antrag zur Geschäftsordnung die Redezeit auf zwei Minuten zu verkürzen. Das soll auch für die Berichterstatter gelten. Nachdem bei allen Dringlichkeitsanträgen sehr vielfältige und rege Diskussionen zu erwarten sind, würde alles andere die Sitzung unnötig in die Länge

ziehen. Aus meiner Sicht kommt § 27 der Geschäftsordnung des Gemeinderates zur Anwendung, weshalb eine Redezeitverkürzung auch für Dringlichkeitsanträge zulässig ist.

Der Geschäftsordnungsantrag von Vzbgm. Dr. Rabl auf Verkürzung der Redezeit auf zwei Minuten wird mit

gegen 30 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- + ÖVP-Fraktion)
2 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

GR. Ganzert, und GR. Hoflehner sind bei der Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht im Sitzungssaal anwesend.

Dringlichkeitsantrag der SPÖ-, FPÖ- und ÖVP Gemeinderatsfraktion
betreffend Autobahnanschlussstelle A8 Wels-Wimpassing,
Erweiterung Finanzierungsbeschluss
DI-Verf-175-2015

Vzbgm. Wimmer: Dieser Dringlichkeitsantrag beschäftigt sich mit dem Projekt Autobahnanschlussstelle A8 Wels-Wimpassing, welches wir im Gemeinderat schon samt Finanzierung mit großer Mehrheit beschlossen. In der Zwischenzeit trat eine sehr interessante Veränderung ein. Ich kenne den Ausgangspunkt dieser Veränderung nicht genau – ich vermute sehr stark im Bereich des Finanzministeriums. Diese Veränderung liegt darin, dass der Zuschuss der Stadt Wels an die ASFINAG urplötzlich der Mehrwertsteuer unterliegt, weshalb unser Grundsatzbeschluss entsprechend um diese 20 % Mehrwertsteuer in Höhe von 606.900 Euro auf nunmehr 3,909.600 Euro aufgestockt werden muss. Ich ersuche sie um Zustimmung, wobei dazu eine 2/3 Mehrheit nötig ist.

Der Dringlichkeitsantrag (Anlage 1) wird mit

gegen 31 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- + ÖVP-Fraktion)
2 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

GR. Hoflehner ist bei der Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht im Sitzungssaal anwesend.

Bgm. Dr. Koits übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Wimmer.

Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion
betreffend Erlassung einer Kinderspielplatzordnung
DI-Verf-178-2015

Vzbgm. Wimmer: Es liegt uns hier ein Zusatzantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion vor, der lautet:

„3.) Der Magistrat soll ebenfalls prüfen wie durch den Einsatz von StreetworkerInnen zwischen den verschiedenen Nutzungsinteressen vermittelt werden kann und wie gemeinsame Lösungen entwickelt werden können.“

Ich ersuche diesen in die Diskussion miteinzubeziehen.

GR. Schönberger: Wir beschlossen vorhin ein neues Konzept für die Kinderbetreuungseinrichtungen. Die größten Kinderbetreuungseinrichtungen unserer Stadt sind sicher unsere Familien. Gerade die Familien benötigen zur Freizeitgestaltung die Kinderspielplätze, die auch dafür eingerichtet wurden. Nicht nur die öffentlichen, von der Stadt eingerichteten Spielplätze, sondern letztendlich eine Vielzahl von Spielplätzen, die von Wohnungsgenossenschaften betrieben werden. Wenn sie in letzter Zeit diese Spielplätze und Wohnanlagen besucht haben, wurden sie von den BürgerInnen und Bürgern immer wieder auf die Verschmutzungen aufmerksam gemacht. Aus diesem Grund sollte überlegt werden eine flächendeckende Kinderspielplatzverordnung für die Stadt Wels zu erlassen, die der Stadt Wels die Möglichkeit gibt, diese angesprochenen Spielplätze zu überprüfen. Zur Zeit kann das Personal des Wachdienstes die Spielplätze der Wohnanlagen nicht überprüfen, weil es das nicht darf und dafür auch nicht zuständig ist.

Hier gehört eine ordentliche, flächendeckende Regelung geschaffen. Das betrifft nicht nur das Miteinandergehen, das teilweise in den Hausordnungen festgelegt ist, sondern es betrifft auch die Betreuung und die Pflege dieser Spielplätze. Es kann nicht sein, dass auf Kinderspielplätzen – nur weil es kostengünstig ist – mit Unmengen von Unkrautvernichtungsmitteln, die auf keiner Verbotsliste mehr angeführt werden, gearbeitet wird. Es geht aber auch darum, dass sich am Abend Gruppen von Jugendlichen treffen und von den Genossenschaften keine Regelung vorhanden ist. Diese Gärten und Grünanlagen werden im Regelfall von Fremdfirmen betreut und somit unterliegen sie keiner Prüfung. Darum muss die Stadt Wels darauf reagieren und versuchen ein Regulativ zu finden, um hier den Familien die Möglichkeit zu geben in einem sauberen und geordneten Umfeld die Freizeit zu verbringen.

GR. Markus Wiesinger: Ich bin der Meinung, die in diesem Antrag aufgezählten „folgenden Punkte“ sind nicht vollständig in Bezug auf Diskussion und Überprüfung.

Ich stelle daher den Antrag zur Geschäftsordnung, diesen Dringlichkeitsantrag dem zuständigen Ausschuss zur weiteren Beratung zuzuweisen.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Markus Wiesinger auf Zuweisung gegenständlichen Dringlichkeitsantrages (Anlage 2) an den zuständigen Ausschuss wird mit

20 Ja-Stimmen (FPÖ-, ÖVP- + GRÜNE-Fraktion)
gegen 13 Nein-Stimmen (SPÖ-Fraktion)

angenommen.

GR. Hoflehner ist bei der Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht im Sitzungssaal anwesend.

Dringlichkeitsantrag der SPÖ-, FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion
betreffend Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend
Bebauungsplan Nr. 212/1.5 (Stadtteil Lichtenegg), BZ-BauR-5008-2014
DI-Verf-179-2015

Vzbgm. Lehner: Bei diesem Dringlichkeitsantrag geht es um den Bebauungsplan, mit dem eine Bebauung der Dragonerhöfe bzw. westlich der Dragonerkaserne eine Bebauung mit einem sechsgeschossigem Holzbau ermöglicht werden soll. Es wäre der erste Holzbau in dieser Höhe in Oberösterreich. Es ist in Summe eine Investition in Höhe von 10,2 Mio. Euro. Es entstehen hier 70 hochwertige, vom Land geförderte Wohnungen.

Es befand sich dort ursprünglich das Altstofflager bzw. die Müllsammelstelle Zeileisstraße. Dieses Projekt findet Unterstützung durch eine Landesförderung im Bereich der Holzbauforschung und natürlich gibt es entsprechende Wohnbauförderungsgelder seitens des Landes Oberösterreich. Die in der Salzburger Straße befindliche Tankstelle wird mit der Kennzeichnung B* versehen. D.h. dieses Objekt kann nicht mehr erweitert bzw. ausgebaut werden und soll zukünftig abgetragen werden. Das bedeutet eine wesentliche Qualität für die Umgebung der Kaserne.

Für mich ist entscheidend, dass der Wohnbauträger – die WAG - uns zusicherte im Rahmen der Bebauung entsprechende Begrünungen durchzuführen. Konkret geht es um eine Allee, die in die Kaserne führt bzw. Alleebäume auch in der Zeileisstraße.

GR. Schönberger: Ich erwähnte es schon bei der Abstimmung zur Dringlichkeit: Eigentlich ist es eine Vorführung des Ausschusses! Wenn für dieses Projekt eine Dringlichkeit gegeben ist, frage ich mich, warum haben wir keine Dringlichkeit für die FC-Wels-Plätze? Warum passiert am Neinergut – ebenfalls von der Heimstätten Genossenschaft betrieben – nichts? Hier sind die Vorstandsmitglieder anwesend. Geht es dort nicht auch um Förderungen für Projekte?

Bevor der Ausschuss überhaupt mit diesem Punkt befasst wurde, konnte es schon in allen Medien gelesen werden. Da kann überlegt werden, ob in der nächsten Geschäftsordnung für den Gemeinderat die Ausschüsse überhaupt weglassen werden sollen. Dann machen wir alles im Gemeinderat mit Dringlichkeitsanträgen der Referenten. Dadurch kann sehr viel zur Magistratsreform beigetragen werden, weil sehr viele Stunden der Arbeitszeit der Beamten eingespart wird. Das ist mein Vorschlag.

GR. Prof. Mag. Teubl: Das Projekt ist ein Holzbauhochhaus oder ein Haus mit mehreren Stockwerken in Holzbauweise, welches sehr innovativ und als solches sehr begrüßenswert ist. So sagte ich es auch im Ausschuss und ich denke das Projekt selbst kann durchaus irgendwo realisiert werden. Hier geht es nicht um den Beschluss eines Projekts, sondern wir beschließen einen Bebauungsplan. Das heißt, wir beschließen hier etwas und in welcher Weise gebaut werden soll.

Es geht in diesem Bebauungsplan um das Straßengeviert rund um die Dragonerkaserne. Die Dragonerkaserne ist ein denkmalgeschütztes Objekt. Neben der Dragonerkaserne befindet sich das sogenannte Pferdehospiz. Ein ebenfalls kleineres denkmalgeschütztes Objekt, das vielen Nutzern des Altstoffsammelzentrums auffiel, weil es sich unmittelbar dahinter befindet. Dieses Objekt soll ebenfalls saniert und zu Wohnzwecken genutzt werden. Eine gute Idee, aber dieses Objekt steht in einer Baufluchtlinie zur

Dragonerkaserne. Es würde der Hausverstand sagen, dass die Baufluchtlinie für diese gesamte Seite gegenüber der Salzburger Straße auch die Dragonerkaserne sein soll.

Vzbgm. Wimmer: Herr Kollege Mag. Teubl, die zwei Minuten sind um!

GR. Prof. Mag. Teubl: Danke für den Hinweis! Vor allem wenn dort die Tankstelle verschwindet, würde dieses gesamte Ensemble Dragonerkaserne gut zur Geltung kommen. Bei diesem Bebauungsplan wird davor ein Projekt gestellt, direkt an die Salzburger Straße mit Balkonen, die in Richtung Westen gerichtet sind. Diese Ausrichtung ist für den Wohnbau völlig ungeeignet. Das zweite Projekt, das gebaut wird, ist völlig in Ordnung.

Vzbgm. Wimmer: Irgendwo haben wir schon eine Geschäftsordnung, die einzuhalten ist und wir brauchen keinen Geschäftsordnungsantrag beschließen, wenn sich keiner daran hält.

GR. Prof. Mag. Teubl: Dann melde ich mich halt ein zweites Mal zu Wort.

GR. LAbg. Dr. Csar: Zu den Kollegen Schönberger und Mag. Teubl möchte ich sagen, dass sich deren Befindlichkeiten heute durch die ganze Sitzung ziehen. Ich glaube, die GRÜNEN sind gegen alles und jeden. Dein Fraktionsobmann lieber Karl Schönberger, hat eine ganz andere Meinung. Dieser Antrag wurde von Vzbgm. Lehner, Vzbgm. Dr. Rabl, GR. Mag. Humer und Fraktionsobmann GR. Reindl-Schwaighofer unterschrieben. Bitte redet solche Meinungsverschiedenheiten in der Fraktion aus, aber diskutiert es nicht hier im Gemeinderat. Es ist schade um die Zeit.

Ich stelle den Geschäftsordnungsantrag auf Schluss der Debatte.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. LAbg. Dr. Csar auf Schluss der Debatte wird mit

29 Ja-Stimmen (SPÖ-, (ohne GR. Schönberger) FPÖ- +
ÖVP-Fraktion)
gegen 3 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion + GR. Schönberger)
angenommen.

GR. Brenner und GR. Mag. Lehner sind bei der Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht im Sitzungssaal anwesend.

Der Dringlichkeitsantrag (Anlage 3) wird mit

31 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- + ÖVP-Fraktion)
gegen 2 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)
angenommen.

GR. Mag. Lehner ist bei der Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht im Sitzungssaal anwesend.

Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion
betreffend Errichtung eines Generationenparks beim Quartier
Noitzmühle mit der Gemeinnützigen Welser Heimstättengenossenschaft mbH
DI-Verf-180-2015

StR. Huber: Bei diesem Dringlichkeitsantrag geht es darum, auf dem Areal der Heimstätten Genossenschaft beim neuen Alten- und Pflegeheim in der Noitzmühle einen Generationenpark zu errichten. Die auf dem westlich gelegenen Grundstücksteil und im Eigentum der Welser Heimstätte befindliche Grünanlage des kurz vor Fertigstellung befindlichen Quartiers Noitzmühle bietet einen sehr alten Baumbestand und aufgrund seiner Lage optimale Voraussetzungen für ein maßgeschneidertes und gleichzeitig innovatives Vital- & Fitnesskonzept für einen sog. Generationenpark. Der bereits grob geplante und ausgeführte Vitalitäts- & Mobilitätspark soll ein Anziehungs- und Treffpunkt für Menschen aller Altersstufen werden, ein „Er-Lebens-Raum“ mit einem Spielplatz für Kinder und Jugendliche und einem Bewegungspark für Erwachsene und ältere Menschen.

Er soll einen Platz der Begegnung, einen Ort des Generationendialogs und der sozialen Kontakte sowie einen Ort der Bewegung für mehr Fitness, Gesundheit und Vitalität darstellen.

Ein Generationenpark – so wie in Wien – ist eine ganz tolle Sache, dessen Dringlichkeit durch die Fertigstellung der Baustelle gegeben ist. Ich bitte um Zustimmung.

GR. Mag. Mayerhofer: Der Generationenpark ist sicherlich ein sehr begrüßenswertes Projekt, dessen Realisierung bald vonstattengeht, sodass bald Zeit dort verbracht werden kann.

GR. Prof. Mag. Teubl: Was hier passiert ist demokratiepolitisch höchst bedenklich. Zuerst eine Meinung des Ausschusses ignorieren, den Antrag in den Gemeinderat bringen und dem Gemeinderat durch einen Antrag auf Schluss der Debatte das Wort verbieten, frage ich mich, ob das nur Dummheit, Freunderlwirtschaft oder Korruption ist.

Vzbgm. Wimmer: Also Walter Teubl, du solltest dich schon mäßigen. Das sind Ausdrücke, die ich von der GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion nicht gewohnt bin.

Der Dringlichkeitsantrag (Anlage 4) wird

einstimmig angenommen.

Dringlichkeitsantrag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion
betreffend Monatskarten im Welldorado
DI-Verf-181-2015

GR. Markus Wiesinger: In der Bürgerfragestunde im Juni-Gemeinderat machte ein Bürger der Noitzmühle einen sehr interessanten Vorschlag. Dabei geht es um die Einführung einer Monatskarte im Welldorado. Herr Vizebürgermeister Wimmer kündigte bei der Beantwortung damals seine Zustimmung an, deshalb hoffe ich jetzt auf eine einstimmige Beschlussfassung dieses Antrages.

GR. Mag. Parzmayr: Auch hier bin ich der Meinung, es ist doch nicht ganz so klar, wie das von der ÖVP-Fraktion gesehen wird. Es sind die Kosten für die Karte bzw. die Kosten für die Stadt Wels nicht bekannt. Ich nehme an, die Monatskarte soll billiger werden als das Zwölftel der Jahreskarte, daher stelle ich den Antrag zur Geschäftsordnung, diesen Antrag dem zuständigen Ausschuss zuzuweisen.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Mag. Parzmayr auf Zuweisung gegenständlichen Dringlichkeitsantrages (Anlage 5) an den zuständigen Ausschuss wird mit

gegen 26 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ-Fraktion + GR. Mag. Teubl)
7 Nein-Stimmen (ÖVP-Fraktion + GR. Mag. Mayerhofer)

angenommen.

Vzbgm. Lehner ist bei der Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht im Sitzungssaal anwesend.

Dringlichkeitsantrag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion
betreffend Standorte der Postkästen; Resolution an die Post AG
DI-Verf-182-2015

GR. LAbg. Dr. Csar: In dieser Resolution fordert der Gemeinderat der Stadt Wels die Post AG auf, die Standorte der Postkästen zu evaluieren und die Anzahl zu erhöhen. Aus verschiedenen Rückmeldungen der Bevölkerung hören wir immer wieder die Notwendigkeit für die Aufstellung von mehr Briefkästen. Diese wurden in letzter Zeit verstärkt entfernt. Der Weg der Postkastensuchenden wird immer weiter. Gerade die ältere Bevölkerung leidet darunter. Ich ersuche um Zustimmung.

Ich möchte abschließend noch erwähnen, dass ich durch meinen Antrag auf Schluss der Debatte niemanden verletzen wollte. Es tut mir leid, ich wollte die Angelegenheit lediglich dadurch verkürzen.

GR. Prof. Mag. Teubl: Da dieser Antrag doch sehr komplex ist und nicht gleich so abgestimmt werden kann, stelle ich den Geschäftsordnungsantrag auf Zuweisung an den zuständigen Ausschuss.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Mag. Teubl auf Zuweisung gegenständlichen Dringlichkeitsantrages (Anlage 6) an den zuständigen Ausschuss wird mit

gegen 3 Ja-Stimmen (GRÜNE-Fraktion + Vzbgm. Wimmer)
31 Nein-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- + ÖVP-Fraktion)

abgelehnt.

GR. Wildfellner: Zuerst fand ich diesen Antrag sehr lustig, ob wir denn jetzt Postkästen zählen? In Wahrheit handelt es sich dabei um eine große Notwendigkeit für die Bevölkerung. Auch bei den getätigten Hausbesuchen wurde uns von diesem Problem berich-

tet. An die Post AG wurden bereits von uns die nötigen Anfragen gestellt. In diesem Antrag wurde aber nicht berücksichtigt, dass der schönste Postkasten nichts nützt, wenn ca. 14 Tage keine Entleerung erfolgt. Das gehört eigentlich noch erfragt.

StR. Kroiß: Ich würde vorschlagen, bei Annahme dieses Antrages die Post AG nicht aufzufordern, sondern sie zu ersuchen.

Vzbgm. Wimmer: Wir werden das natürlich mit der gebotenen Höflichkeit an die Post AG weitertragen.

Der Dringlichkeitsantrag (Anlage 6) wird

einstimmig angenommen.

Dringlichkeitsantrag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion
betreffend Anschaffung eines neuen Bücherbusses
DI-Verf-183-2015

StR. Zaunmüller: Es ist dazu ein Antrag zur Geschäftsordnung zu befürchten, die Stoppuhr läuft schon, aber es handelt sich dabei für mich um ein sehr wichtiges Thema. Vor dreißig Jahren war der Ankauf des Bücherbusses eine wertvolle Investition in die Zukunft. Gegenwertig reichen leider die ausschließlich positiven Erfahrungen der erbrachten Leistungen der Vergangenheit nicht aus, um die Fortsetzung der Erfolgsgeschichte Bücherbus mit einer längst fälligen überparteilichen kulturpolitischen Entscheidung für einen Neukauf einzuleiten.

Mit dem Jahr 1985 begann eine Neuausrichtung der Stadtbücherei Wels. Geplante neue Zweigstellen wurden nicht errichtet, bestehende im Laufe der Jahre geschlossen und durch Bücherbushaltestellen ersetzt. Kinder bis zum Ende der Grundschulzeit sollten die Hauptzielgruppe werden. Auch die sprachliche Bildung von Migranten sollte stärker in den Fokus gerückt werden. Der Bücherbus ist der wesentliche Bestandteil dieser Neuausrichtung. Die Vorteile liegen in einer flexiblen Fahrplangestaltung, schnelles Reagieren auf veränderte Bedingungen, Verkürzungen oder Verlängerungen der Haltezeiten. Veränderungen im Turnus oder des Standortes könnten eine Folge davon sein.

Für die Nutzer der Bibliothek liegt der größte Vorteil in einem kurzen Weg zum Erlangen der benötigten Medien. Denken sie nur an Personen mit Beeinträchtigungen und an Kinder. Argumente für den Neuankauf eines Bücherbusses: Der Bücherbus ist für viele Kinder der erste niederschwellige Kontakt mit der Stadtbücherei. Er leistet wertvolle Unterstützung bei der Leseförderung in Kindergärten und Schulen. Er ist ein wichtiger Vermittler der Lesekompetenz. Er fördert die sprachliche Bildung von MigrantInnen. Außerdem wird der Bücherbus häufig dazu genutzt, dass Kinder mit Migrationshintergrund Bilderwörterbücher mit nach Hause nehmen, um auch den Eltern das Lesenlernen zu ermöglichen.

GR. Wildfellner: Das ist eine Fortschreibung des Gehabten. Wir diskutierten jedes Mal darüber, vielleicht eine andere Form des Bücherbusses bzw. der Bücherverbreitung in Betracht zu ziehen. Deshalb stelle ich den Geschäftsordnungsantrag, den gegenständ-

lichen Dringlichkeitsantrag dem zuständigen Ausschuss zur weiteren Beratung zuzuweisen.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Wildfellner auf Zuweisung gegenständlichen Dringlichkeitsantrages (Anlage 7) an den zuständigen Ausschuss wird mit

gegen 26 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ-Fraktion + Vzbgm. Lehner)
8 Nein-Stimmen (ÖVP-Fraktion ohne Vzbgm. Lehner
+ GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion
betreffend Spielstätte für die Kleine Welser Bühne
DI-Verf-184-2015

GR. Reindl-Schwaighofer: Dieser Dringlichkeitsantrag wurde von uns eingebracht um deutlich zu machen, dass die Kleine Welser Bühne eine wichtige Einrichtung in der Stadt Wels ist. Wir laufen Gefahr dieses wunderbare Amateurtheater zu verlieren, wenn wir es nicht schaffen eine Spielstätte zu generieren, die ihnen ermöglicht ihre Aufführungen so zu platzieren, wie sie es gerne möchte. Es stellt natürlich einen Unterschied dar, ob eine fixe Spielstätte vorhanden ist oder ob ab und zu ein Saal ohne infrastrukturelle Einrichtungen, ohne geeignete Theaterhöhen usw., benutzt werden kann.

Ich ersuche sie im Sinne der gemeinsamen Kulturarbeit der Stadt Wels mit uns diesen Antrag zu beschließen. Es geht darum, den Magistrat der Stadt Wels zu beauftragen etwas gemeinsam mit dem Verein vorzubereiten und dann dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorzulegen.

GR. Mag. Parzmayr: Auch dieser Antrag erscheint uns etwas zu unausgereift, daher stelle ich den Antrag zur Geschäftsordnung auf Zuweisung an den zuständigen Ausschuss.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Mag. Parzmayr auf Zuweisung gegenständlichen Initiativantrages (Anlage 8) an den zuständigen Ausschuss wird mit

gegen 18 Ja-Stimmen (FPÖ- + ÖVP-Fraktion)
16 Nein-Stimmen (SPÖ- + GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

Dringlichkeitsantrag der SPÖ-, FPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion
betreffend Errichtung eines Kindergartens/Krabbelstube Mohnstraße
durch den Verein Abenteuer Familie und Erneuerung bzw. Sanierung
des Kindergartens Noitzmühle durch die Kinderfreunde Region Wels-Hausruck
DI-Verf-187-2015

StR. Zaunmüller: Wir haben heute das Novum, hier und jetzt den zweiten Schritt zu setzen betreffend die Betreuung der Kinder in den Kindergärten und der Kleinstkinder in den Krabbelstubben. Bei diesem gemeinsamen Antrag der SPÖ-, FPÖ- und ÖVP-Fraktion wird die Errichtung eines Kindergartens/Krabbelstube Mohnstraße durch den Verein Abenteuer Familie mit einer Projektsumme von 1,42 Mio. Euro und einer voraussichtlichen Fördersumme durch die Stadt Wels von max. 920.000 Euro sowie die Erneuerung bzw. Sanierung des Kindergartens Noitzmühle durch die Kinderfreunde Region Wels-Hausruck mit einer Projektsumme von 910.000 Euro und einer voraussichtlichen Fördersumme durch die Stadt Wels von max. 520.000 Euro gefordert.

Ich ersuche sie um Zustimmung.

GR. Prof. Mag. Teubl: Ich möchte die Gelegenheit nutzen, um zwei Dinge klarzustellen, die vielleicht in der Debatte zum Kinderbetreuungskonzept nicht ganz richtig angekommen sind. Selbstverständlich stelle ich in keiner Weise in Frage, dass die betreffenden Institutionen - die unsere Kinder betreuen – eine gute Arbeit leisten. Das ist mir sehr wichtig, denn ein solches Missverständnis möchte ich auf alle Fälle vermeiden.

Ich möchte doch sagen, dass es einen Unterschied ausmacht, ob eine Einrichtung eine öffentliche Einrichtung der Stadt Wels oder eine private Einrichtung eines Vereines ist. Ich unterstelle keinem der Vereine parteipolitische Werbung in diesen Einrichtungen. Aber ich denke, es ist in erster Linie die Aufgabe der Stadt für Kinderbetreuungseinrichtungen zu sorgen. Da erkenne ich eine gewisse Müdigkeit in Bezug auf die Eigeninitiative. Es wird privaten Organisationen überlassen und fördert diese entsprechend. Denn finanzieren müssen wir es sowieso öffentlich. Warum wird die Stadt Wels nicht mehr initiativ, wenn es darum geht, Kindergärten und Krabbelstubben zu bauen?

StR. Zaunmüller: Ich nehme ihre Klarstellung zur Kenntnis, Herr Mag. Teubl! Bei den Kosten muss ganz genau differenziert werden. Beim Verein Abenteuer und Familie geht es um Gesamtkosten von 910.000 Euro, davon sind voraussichtlich Fördermittel des Bundes von 390.000 Euro, Förderung aus Mitteln der Stadt Wels von 260.000 Euro und eine Sonderbedarfszahlung von 260.000 Euro.

Beim zweiten Projekt mit einer Gesamtsumme von 1,420.000 Euro wurden immerhin Fördermittel in der Höhe von 500.000 Euro an Bundesmittel in Aussicht gestellt, Fördermittel der Stadt Wels von 460.000 Euro und eine Sonderbedarfszuweisung ohne Zusage von 460.000 Euro. Es ist nicht so, dass bei diesen privaten Institutionen ausschließlich die Stadt Wels die entsprechende Finanzierung gewährleisten muss, sondern auch der Bund und das Land.

Der Dringlichkeitsantrag (Anlage 9) wird

einstimmig angenommen.

Vzbgm. Wimmer dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz wieder an den Bgm. Dr. Koits.

Die Durchführung der Bürgerfragestunde findet in der Zeit von 17.36 bis 17.56 Uhr statt.

Bgm. Dr. Koits: Ich sage jetzt nicht, dass das die letzte Sitzung ist, denn wer weiß, was ihnen noch alles einfällt. Daher werde ich im Einvernehmen mit den Vorsitzenden zu getrennten Treffen einladen, weil sich natürlich im Herbst nach den Wahlen Änderungen ergeben, die im Rahmen der konstituierenden Sitzung entsprechend gewürdigt werden. Herzlichen Dank für heute – die Sitzung ist geschlossen.

Der Vorsitzende:

Für die Fraktion der SPÖ:

Für die Fraktion der FPÖ:

Für die Fraktion der ÖVP:

Für die Fraktion der GRÜNEN:

Schriftführer: